

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Bericht

über die Beteiligungen

des Landes Brandenburg

an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts

- Beteiligungsbericht 2006 -

Vorwort

Der vorliegende siebte Bericht über die Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts setzt die Reihe der Beteiligungsberichte im Zweijahresturnus fort. Berichtszeitraum sind die Jahre 2003 und 2004, Veränderungen in der Zusammensetzung der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane sind bis zum Redaktionsschluss (01.10.2005) berücksichtigt.



Der Bericht gliedert sich wiederum in zwei Hauptteile:

- Teil 1 erläutert die Beteiligungspolitik der Landesregierung und behandelt die Grundsätze für den Erwerb von Landesbeteiligungen.
- Teil 2 enthält Darstellungen zu den einzelnen Unternehmen mit ausgewählten Unternehmenskennzahlen und Informationen zur Besetzung der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane. Den unmittelbaren Beteiligungsunternehmen zugeordnet sind Kurzdarstellungen der Unternehmen, an denen sie beteiligt sind (mittelbare Landesbeteiligungen).

Seit dem Erscheinen des letzten Beteiligungsberichts sind auf der Grundlage der von der Landesregierung im Frühjahr 2003 beschlossenen Konzeption zur Optimierung der Beteiligungsverwaltung auf den wesentlichen Handlungsfeldern der Beteiligungsverwaltung wichtige Veränderungen eingetreten:

- Das Ministerium der Finanzen hat Ende 2005 ein EDV-System für Beteiligungsmanagement und –controlling eingeführt, das eine zeitnahe Erfassung und Auswertung auch der Daten über die unterjährige wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, insbesondere in Form von Plan-Ist-Vergleichen, als Grundlage für das Beteiligungscontrolling ermöglicht.
- Im Juli 2005 habe ich dem Kabinett den Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen vorgestellt, der derzeit bei allen maßgeblich landesbeteiligten Gesellschaften durch Beschluss der Gesellschafterversammlung in Kraft gesetzt wird. Der Kodex fasst – auf der Grundlage anerkannter Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung und –kontrolle – wesentliche Regeln und Handlungsempfehlungen für die Steuerung, Leitung und Überwachung der Landesbeteiligungen zusammen.

men. Adressaten sind die mit der Steuerung und Überwachung betrauten Stellen der Landesverwaltung sowie die Geschäftsführungen und Aufsichtsräte der Unternehmen. Zudem enthält der Kodex Richtlinien für ein effizientes Berichtswesen sowie ein Risikoversorge- und -managementsystem.

Mit diesen Instrumenten werden die Beteiligungsverwaltung und die fachlich zuständigen Ressorts einen weiteren Beitrag leisten, dass sich die vor einigen Jahren bei zwei derzeit in geordneter Liquidation befindlichen Landesgesellschaften festgestellten gravierenden unternehmenspolitischen und unternehmerischen Fehlentwicklungen nicht wiederholen können.

Das Land Brandenburg verfügt nach wie vor über ein vergleichsweise übersichtliches Portfolio, das im Berichtszeitraum nochmals auf 29 verkleinert wurde. Weitere Schritte zur Portfoliostraffung sind veranlasst oder befinden sich in Vorbereitung, ohne dass der Zahl der Beteiligungen dogmatische Bedeutung zukommen darf. Maßgeblich für die Fortdauer einer Landesbeteiligung ist zunächst, ob die betreffende Aufgabe vom Land Brandenburg gewährleistet werden muss. Hier ist ein kritischer Blick angebracht. Nicht zuletzt deshalb hat das Land im Berichtszeitraum seine Beteiligungen an der Ruppiner Kliniken GmbH und der Polnisch-Deutschen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG beendet. Ein „Dogma der kleinen Zahl“ könnte umgekehrt einen Rückzug der Landesverwaltung auf ihre Kernaufgaben verhindern, wenn dieser sich besser und wirtschaftlicher im Wege einer gesellschaftsrechtlichen Kooperation mit Privaten gewährleisten ließe. Ein solches Dogma würde aber auch grundsätzlich verkennen, dass gerade – nicht immer auf Dauer angelegte – gesellschaftsrechtliche Lösungen eine effektive öffentliche Aufgabenerfüllung auf bedeutenden technisch-wissenschaftlichen und kulturellen Gebieten, der Daseinsvorsorge oder Infrastrukturfinanzierung ermöglichen. In diesem Sinne verweise ich auf die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, die IHP GmbH, die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH oder die Brandenburgische Schlösser GmbH.

Dass die landesbeteiligten Unternehmen mit der Bereitstellung von über 200 Ausbildungsplätzen mitgeholfen haben, zu einer guten beruflichen Perspektive der jungen Menschen im Land beizutragen, freut mich sehr. Hierfür danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgesellschaften ebenso wie für die vorzeigbaren wirtschaftlichen Erfolge auf ihren Geschäftsfeldern!



Rainer Speer

Inhaltsverzeichnis

Teil 1	Leitlinien der Beteiligungspolitik	9
1.1.	Erwerb von Beteiligungen	10
1.2.	Fortschritte bei der Optimierung der Beteiligungsverwaltung	12
1.3.	Straffung des Beteiligungsportfolios	16
1.4.	Aufgaben und Verantwortung der Organe landesbeteiligter Unternehmen	18
1.4.1.	Vorbemerkungen	18
1.4.2.	Geschäftsführung	19
1.4.3.	Aufsichtsrat	20
1.4.4.	Gesellschafterversammlung	21
1.5.	Beteiligungen des Landes	22
1.5.1.	Überblick	22
1.5.2.	Mittelbare Landesbeteiligungen	23
1.5.3.	Beteiligungen an Genossenschaften	25
1.5.4.	Abbau von Beteiligungen.....	26
1.5.5.	Abwicklung von Beteiligungsunternehmen	26
1.6.	Kennzahlen der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen im Überblick	28

Teil 2	Einzel Darstellungen der unmittelbaren Beteiligungen des Landes	29
2.0.	Allgemeine Erläuterungen	30
2.1.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport	
2.1.1.	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	31
2.2.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
2.2.1.	Brandenburgische Schlösser GmbH Gemeinnützige Betriebsgesellschaft	34
2.2.2.	HIS Hochschul-Informations-System GmbH	37
2.2.3.	IHP GmbH - Innovations for High Performance Microelectronics / Institut für innovative Mikroelektronik.....	41
2.2.4.	GKSS – Forschungszentrum Geesthacht GmbH	47
2.2.5.	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	54
2.2.6.	Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte gGmbH.....	59
2.3.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	
2.3.1.	LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH ...	62
2.4.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft	
2.4.1.	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	66
2.4.2.	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	75
2.4.3.	Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki Spółka Akcyjna - Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft	83
2.4.4.	BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion GmbH	86

2.4.5.	IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH ..	90
2.4.6.	TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH.....	95
2.5.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	
2.5.1.	Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH.....	101
2.5.2.	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	105
2.5.3.	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L.	109
2.6.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	
2.6.1.	Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L.	112
2.6.2.	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	121
2.6.3.	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH... 128	
2.7.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums der Finanzen	
2.7.1.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg	132
2.7.2.	Land Brandenburg Lotto GmbH.....	145
2.7.3.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH.....	151
2.7.4.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	156
2.7.5.	fiscus GmbH	163
2.7.6.	LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehbrücke mbH	168

Anhang Übersichten

- A. Tabellarische Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen des Landes
- B. Tabellarische Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen des Landes

TEIL 1

Leitlinien der Beteiligungspolitik

1.1. Erwerb von Beteiligungen

Das Land soll sich an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur beteiligen, wenn

- ein wichtiges Landesinteresse vorliegt und sich der mit der Beteiligung angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt,
- die Einzahlungsverpflichtung des Landes auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist,
- das Land einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält,
- gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden

(§ 65 Absatz 1 Landeshaushaltsordnung - LHO -).

Vor dem Erwerb einer Landesbeteiligung wird das Vorliegen der o. g. Voraussetzungen in mehreren Verfahrensschritten durch voneinander unabhängige Stellen geprüft:

1. Die Initiative für das Eingehen einer Beteiligung geht von dem für das Geschäftsfeld des Unternehmens fachlich zuständigen Ressort der Landesregierung aus. Das Fachressort muss in seinem Antrag an das für den Erwerb und die Verwaltung von Landesbeteiligungen zuständige Ministerium der Finanzen das wichtige Landesinteresse und das Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen gemäß § 65 Absatz 1 LHO darlegen. Das Fachressort hat das Ministerium der Finanzen frühzeitig über dort beabsichtigte Beteiligungen zu informieren und es an Verhandlungen zu beteiligen (§ 65 Absatz 2 Satz 3 LHO).

2. In einem zweiten Verfahrensschritt erfolgt eine betriebswirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Prüfung durch die Beteiligungsverwaltung im Ministerium der Finanzen; ferner wird untersucht, ob sich der von dem Fachressort verfolgte Zweck ohne gesellschaftsrechtliche Beteiligung, etwa über die Gewährung von Zuwendungen, besser und wirtschaftlicher verwirklichen lässt.
3. Bevor dem Antrag des Fachressorts entsprochen werden kann, wird in einem dritten Verfahrensschritt unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten geprüft, ob die Einwilligung zum Erwerb der Beteiligung erteilt werden kann (§ 65 Absatz 2 Satz 1 LHO).

Bevor das Ministerium der Finanzen den Erwerb einer Beteiligung vollzieht, wird regelmäßig die Landesregierung über die Erwerbsabsicht unterrichtet.

Das wichtige Landesinteresse, das die Unternehmen zu erfüllen haben, wird in den Satzungen in Form des Unternehmensgegenstandes verankert und damit zur bindenden Zielvorgabe für die Unternehmenstätigkeit.

Die Beteiligungsverwaltung überprüft turnusmäßig, ob die Voraussetzungen des § 65 Absatz 1 LHO, insbesondere das wichtige Landesinteresse, bei den bestehenden Beteiligungen weiterhin gegeben sind; die Fachressorts haben dazu den Fortbestand dieses Interesses für jedes Unternehmen in ihrem Zuständigkeitsbereich darzulegen.

Bei Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes unterliegt der Erwerb von mehr als 25 v. H. der Anteile an einem anderen Unternehmen (mittelbare Landesbeteiligung) regelmäßig dem Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung und der Zustimmung des Landes als Mehrheitsgesellschafter. Die Beteiligungsverwaltung achtet darauf, dass die mittelbare Landesbeteiligung dem Geschäftszweck der Obergesellschaft dient und betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Vor seiner Entscheidung holt das Ministerium der Finanzen als Beteiligungsverwaltung zudem die Stellungnahme des zuständigen Fachressorts ein.

Einige der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen - z. B. die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) - werden vom Land institutionell gefördert; die dafür erforder-

derlichen Mittel sind im Landeshaushalt in den Einzelplänen der jeweils für das Geschäftsfeld der Unternehmen fachlich zuständigen Ressorts veranschlagt.

Andere Unternehmen - wie z. B. die Land Brandenburg Lotto GmbH (LBL) und die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) - sind eigenwirtschaftlich tätig; bei ihnen hat das Land grundsätzlich nur die Anteile am Nennkapital aus Haushaltsmitteln finanziert.

Daneben gibt es eine Reihe von Landesbeteiligungen, an denen Brandenburg neben anderen Bundesländern oder dem Bund zum Zweck der gemeinsamen Erfüllung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben Anteile übernommen hat - z.B. DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, HIS-Hochschul-Informationssystem GmbH, IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH, GKSS - Forschungszentrum Geesthacht GmbH.

Das Land hat bisher nahezu ausschließlich Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung erworben. Ausnahmen bilden die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (Anstalt des öffentlichen Rechts), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Körperschaft des öffentlichen Rechts) und die NKL Nordwestdeutsche Klassenlotterie als Staatslotterie (gemeinschaftlicher Eigenbetrieb öffentlichen Rechts der Trägerländer).

1.2. Fortschritte bei der Optimierung der Beteiligungsverwaltung

Durch die im Frühjahr 2003 - nach Kenntnisnahme durch den Landtag - von der Landesregierung beschlossene Konzeption zur Optimierung der Beteiligungsverwaltung sind wichtige Grundlagen für eine verbesserte Steuerung und Überwachung der landesbeteiligten Unternehmen geschaffen worden.

Die Konzeption verfolgt die Ziele, geschäftliche Risiken bei den Unternehmen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig gegensteuern zu können und die Stellung des Gesellschafters Land Brandenburg bei den landesbeteiligten Unternehmen zu stärken durch

- ◆ Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen der Beteiligungsverwaltung des Ministeriums der Finanzen und den fachlich für die Unternehmen zuständigen Ressorts,
- ◆ Stärkung der Vernetzungs- und Koordinierungsfunktion der Beteiligungsverwaltung im Verhältnis zu den Fachressorts und Unternehmen.

Die Konzeption beinhaltet organisatorische und inhaltliche Elemente.

Organisatorisch soll eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten für die Steuerung und Überwachung der Unternehmen erreicht werden. Folgende Schwerpunktzuständigkeiten sind für die beteiligten Stellen vorgesehen:

- Zentrale Beteiligungsverwaltung im Ministerium der Finanzen:
 - Wahrnehmung der Gesellschafterrechte,
 - Systematische Erfassung und Auswertung der Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen auch während des Geschäftsjahres,
 - Berichterstattung gegenüber der Landesregierung, dem Landtag und dem Landesrechnungshof.

- Fachressorts:
 - Begründung des wichtigen Landesinteresses für die Beteiligung,
 - Definition von fachlichen und wirtschaftlichen Zielen für die Gesellschaft,
 - Überwachung der Zielerreichung aus fachlicher Sicht,
 - Definition des Landesinteresses an den Projekten der Gesellschaft mit korrespondierender Verantwortung für erforderliche haushaltsmäßige Absicherungen der Finanzierung,
 - Enge Abstimmung mit dem Vertreter des Fachressorts im Aufsichtsrat.

- Vertreter des Landes im Aufsichtsrat des Unternehmens:
 - Wahrnehmung der organschaftlichen Aufsichtsfunktion innerhalb des Unternehmens, insbesondere laufende Überwachung der Geschäftsführung,
 - Berücksichtigung der besonderen Interessen des Landes,
 - Abstimmung mit den anderen Landesvertretern im Aufsichtsrat.

Zur Umsetzung dieser organisatorischen Maßnahmen sind folgende Schritte vollzogen worden:

- Zwischen dem Ministerium der Finanzen und den Fachressorts ist eine Regelung über die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Rahmen einer optimierten Beteiligungsverwaltung abgestimmt worden. Damit ist die Grundlage für ein vernetztes und koordiniertes Zusammenwirken zwischen Beteiligungsverwaltung, Fachressorts und seinem Vertreter im Aufsichtsrat gelegt.
- Zur Ausfüllung dieser Verfahrensordnung haben die Fachressorts durchgängig Ressortverantwortliche für die Unternehmen benannt.

Wesentliches inhaltliches Element der Konzeption ist, dass die Steuerung der landesbeteiligten Unternehmen künftig über ein Zielsystem erfolgen soll. Ausgehend von dem wichtigen Landesinteresse und dem darauf abgestimmten Unternehmensgegenstand wird ein mehrstufiges Zielsystem installiert. Fachliche und wirtschaftliche Ziele für die Unternehmen werden dabei - ausgehend von Oberzielen, die das zuständige Fachressort zu definieren hat - bis auf die Endstufe der jährlichen Wirtschaftspläne der Unternehmen konkretisiert.

Darauf wird ein System der Zielerreichungskontrolle aufgebaut. Dabei ergänzen sich die unternehmensinterne Kontrolle durch den Aufsichtsrat und die ineinander greifende Kontrolle durch Fachressorts und Beteiligungsverwaltung auf Landesebene.

Im Rahmen des Zielsystems hat das Ministerium der Finanzen auf der Grundlage von Beiträgen aus den Fachressorts Ober- und Teilziele erarbeitet; diese werden zurzeit mit den Fachressorts und den betroffenen Unternehmen abgestimmt.

Zur zeitnahen Erfassung und Auswertung - auch unterjährig - der Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, insbesondere der Erfüllung der Wirtschaftspläne, befindet sich ein technisch-operatives Beteiligungscontrolling in der Einführung.

Das Ministerium der Finanzen hat - auf der Grundlage einer beschränkten Ausschreibung mit vorausgegangenem Interessenbekundungsverfahren - ein EDV-System für

Beteiligungsmanagement und -controlling angeschafft, das im Juli 2005 eingerichtet worden ist. Das System ermöglicht neben einer optimierten Verwaltung der Unternehmens-Stammdaten eine strukturierte Erfassung von Plandaten, von Daten über die unterjährige wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen - insbesondere in Form von Quartalsberichten - sowie der Jahresabschlüsse. Die Informationen werden zeitnah auf elektronischem Wege von den Unternehmen übermittelt. Auf dieser Grundlage bietet das EDV-System die Möglichkeit zur Berechnung einer Vielzahl von Kennzahlen; neben Standard-Berichten sind auch Ad-hoc-Auswertungen möglich.

Zudem hat das Ministerium der Finanzen im Sommer 2005 - nach Kenntnisnahme durch die Landesregierung - einen Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen (CGK) in Kraft gesetzt.

Der Kodex fasst - auf der Grundlage anerkannter Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung und -kontrolle - wesentliche Regeln und Handlungsempfehlungen für die Steuerung, Leitung und Überwachung von privatrechtlichen Unternehmen, an denen das Land Brandenburg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zusammen.

Der CGK lehnt sich in großen Teilen an den auf Grundlage des § 161 AktG bekannt gemachten Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) an, der allerdings in seiner Gesamtheit für die Landesbeteiligungen nicht anwendbar ist, weil er auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft mit Börsennotierung abstellt. Der CGK übernimmt die Standards des DCGK.

Über den DCGK hinausgehend bezieht der CGK

- an die zuständigen Stellen der Landesverwaltung gerichtete Grundregeln für die Begründung und Steuerung der Unternehmen,
- Elemente des - im April 2002 dem Landtag vorgelegten - Berichts der Landesregierung zu Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften (LT-DS 3/3739),

- wichtige Regeln für die Verwaltung von Landesbeteiligungen,
- besondere Hinweise für die auf Veranlassung des Landes bestellten Mitglieder der Aufsichtsräte

ein.

Mit der erfolgten Einführung des CGK durch das Ministerium der Finanzen verfügt das Land Brandenburg über ein hohes Standards entsprechendes Regelwerk für die Leitung und Überwachung landesbeteiligter Unternehmen.

1.3. Straffung des Beteiligungsportfolios

Ein weiteres wichtiges beteiligungspolitisches Aktionsfeld ist die Straffung des Beteiligungsportfolios. Obwohl Brandenburg über ein eher kleines Beteiligungsportfolio verfügt, sind gezielt Möglichkeiten des weiteren Abbaus herausgearbeitet und genutzt worden.

Dabei hat es weitere Fortschritte gegeben:

- Im November 2003 hat das Land seinen Geschäftsanteil an der Ruppiner Kliniken GmbH an den Landkreis Ostprignitz-Ruppin veräußert.
- Die Trägergesellschaft Deutscher Pavillon GmbH i. L. – seinerzeit Betreiberin des Deutschen Pavillons auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover – ist im Juni 2004 im Handelsregister gelöscht worden.
- Im Mai 2005 ist die Beteiligung des Landes an der Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki Spółka Akcyjna - Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft veräußert worden.
- Die Beteiligung an der Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam e.G. ist mit Wirkung zum Jahresende 2005 gekündigt worden; das Land scheidet zu diesem Zeitpunkt aus der Genossenschaft aus.

- Mit Vertrag vom 09.08.2004 hat das Land Brandenburg einen Teilgeschäftsanteil an der Brandenburgischen Schlösser GmbH Gemeinnützige Betriebsgesellschaft an den Mitgesellschafter Deutsche Stiftung Denkmalschutz veräußert und dadurch seine Beteiligung von 50 v. H. auf 5,12 v. H. verringert. Die Gesellschaft wird auch unter den neuen Anteilseignerverhältnissen mit ihrer bisherigen Zweckbestimmung fortgeführt.

Weitere Schritte zur Straffung des Beteiligungsportfolios befinden sich in Vorbereitung:

- Die Gesellschafterversammlung der fiscus GmbH hat die Liquidation der Gesellschaft zum 01.01.2006 beschlossen, nachdem die Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder sich dazu entschlossen haben, eine einheitliche Software nicht mehr im Rahmen des Projekts FISCUS zu entwickeln.
- Die Beendigung der Liquidation der Brandenburgischen Landgesellschaft mbH i. L. wird zum Jahresende 2005 vorbereitet; die Gesellschaft soll danach aus dem Handelsregister gelöscht werden.
- Die in Gesamtvollstreckung befindliche SMI System Microelectronic Innovation GmbH i. Gv. wird nach Einschätzung des Insolvenzverwalters im Verlauf des Jahres 2006 im Handelsregister gelöscht werden.
- Die Brandenburgische Boden GmbH wird nach einem Stufenplan des Ministeriums der Finanzen zum Jahresende 2006 liquidiert.

Weiterhin wirkt die Landesregierung auf verstärkte Kooperation zwischen den Beteiligungsunternehmen hin. Beispiele dafür sind die Bündelung der Angebote der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH (ZAB). Darüber hinaus ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen der ZAB und der LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH geschlossen worden.

1.4. Aufgaben und Verantwortung der Organe landesbeteiligter Unternehmen

1.4.1. Vorbemerkungen

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) - als Standardfall der Landesbeteiligung - hat gesetzlich mindestens zwei Organe, nämlich Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung. Anders als beim gesetzlichen Regelfall der GmbH, bei der die Gesellschafter sich - selbst wenn ein Aufsichtsrat eingerichtet ist - den maßgeblichen Einfluss vorbehalten, richtet das Land regelmäßig einen Aufsichtsrat ein, der - abgesichert durch satzungsmäßige Entscheidungs- und Zustimmungsvorbehalte - im Interesse der engen Begleitung und Überwachung der Gesellschaften in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht mit einer starken Stellung ausgestattet wird.

Nach Einführung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.04.1998 sowie des Gesetzes zur weiteren Reform des Aktien- und Bilanzrechts, zu Transparenz und Publizität (Transparenz- und Publizitätsgesetz) vom 19.07.2002 werden erweiterte Anforderungen an alle Organe gestellt. So wird die Geschäftsführung verpflichtet, für ein angemessenes Risikomanagement und die Einrichtung eines internen Überwachungssystems zu sorgen, um den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Die Berichtspflicht der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat wird insbesondere in Bezug auf Rechtzeitigkeit und Vollständigkeit dadurch verstärkt, dass nunmehr im Rahmen des sogenannten Zukunftsberichtes auch über die Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung) sowie die Umsetzung konkreter Zielfestlegungen in der Vergangenheit (sogenannten *follow up*) berichtet werden muss. Der Aufsichtsrat ist in alle grundlegenden Unternehmensentscheidungen einzubinden; dafür ist bei den landesbeteiligten Unternehmen durch die Bestimmung von Entscheidungs- und Zustimmungsvorbehalten in den Gesellschaftsverträgen bereits die Grundlage gelegt. Die Stellung des Aufsichtsrates in Bezug auf den Einsatz und die Überwachung des Abschlussprüfers ist insbesondere dadurch gestärkt worden, dass

- der Prüfauftrag an den Abschlussprüfer nicht mehr von der Geschäftsführung, sondern vom Aufsichtsrat erteilt wird,

- eine Aushändigung des Prüfungsberichtes an alle Aufsichtsratsmitglieder erfolgt,
- die Prüfungspflicht des Aufsichtsrates sich erforderlichenfalls auch auf den ggf. notwendigen Konzernabschluss und den Konzernlagebericht erstreckt,
- der Abschlussprüfer an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen muss.

Hierzu korrespondieren Vorschriften, die auf eine Verbesserung der Qualität der Abschlussprüfung zielen.

1.4.2. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist das aktiv und operativ handelnde Organ der GmbH. Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- die Leitung der Gesellschaft zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks,
- die Vertretung der Gesellschaft im Rechtsverkehr,
- die Buchführung sowie die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht.

Als handelndes Organ der GmbH hat die Geschäftsführung die unmittelbare Entscheidung über den Abschluss einzelner Geschäfte zu treffen; ihr obliegt dabei die eigenverantwortliche Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäfte sowie deren Übereinstimmung mit geltendem Recht und den Beschlüssen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung.

Die Geschäftsführungen landesbeteiligter Unternehmen haben insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass das jeweilige Unternehmen nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird und dass verlustbringende Geschäfte vermieden werden.

1.4.3. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist das Organ, dem die laufende Überwachung der Geschäftsführung obliegt. Die Geschäftsführung hat ihm regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten, sie hat dem Aufsichtsrat den Jahresabschluss mit dem Bericht des Abschlussprüfers zur Prüfung vorzulegen und darüber hinaus in einem sogenannten Zukunftsbericht über Finanz-, Investitions- und Personalplanung zu berichten. Der Aufsichtsrat hat der Gesellschafterversammlung auf Grundlage der Ergebnisse dieser Prüfung Vorschläge zur Feststellung des Jahresabschlusses, zur Ergebnisverwendung sowie zur Entlastung der Geschäftsführer zu unterbreiten.

Den Aufsichtsräten landesbeteiligter Unternehmen gehört stets ein Vertreter des Fachressorts an, dessen Zuständigkeit durch die Tätigkeit des Unternehmens berührt wird. Diese Besetzung soll gewährleisten, dass die Aufsichtsräte die Geschäftspolitik und ihre Übereinstimmung mit den vom Land mit der Beteiligung verfolgten Zielen sachgerecht beurteilen können. Den Vertretern der für den Geschäftsbereich der Gesellschaft zuständigen Fachressorts kommt dabei eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen den Gesellschaften und dem jeweiligen Fachressort, namentlich bei der Bestimmung der Ausrichtung und Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit, zu.

Nach der Besetzungspraxis im Land Brandenburg hat das Fachressort, dessen fachliche Zuständigkeit durch die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Schwerpunkt berührt wird, das Vorschlagsrecht für die Besetzung des ersten Landesmandates; falls dem Land weitere Mandate zustehen, steht das Vorschlagsrecht dafür in der angegebenen Reihenfolge dem Ministerium der Finanzen und weiteren Fachressorts nach der fachlichen Nähe ihrer Zuständigkeit zum Unternehmensgegenstand zu. Den Aufsichtsräten wichtiger landesbeteiligter Unternehmen gehören daneben regelmäßig auch ausgewiesene externe Fachleute an.

In den Gesellschaftsverträgen maßgeblich landesbeteiligter Gesellschaften sind weitgehende Beschluss- und Zustimmungsvorbehalte zu Gunsten der Aufsichtsräte vorgesehen. Sie betreffen z. B.:

- Bestellung/Abberufung sowie Anstellung/Kündigung der Geschäftsführer,
- jährliche Wirtschaftspläne,

- Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken,
- Erwerb von Beteiligungen bis zu 25 v. H. an anderen Unternehmen,
- Abschluss von Anstellungsverträgen ab einer bestimmten Gehaltshöhe,
- Abschluss sonstiger für die Gesellschaft wirtschaftlich oder nach ihrem Unternehmenszweck bedeutsamer Verträge,
- Beschlussempfehlungen zu den Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
- Erteilung des Auftrages für die Prüfung des Jahresabschlusses an den Abschlussprüfer.

Bei den Aufsichtsräten liegt damit die Zuständigkeit für eine Vielzahl bedeutsamer Entscheidungen der Gesellschaften. Die Aufsichtsräte tragen folglich über das gesetzliche Mindestmaß hinaus Verantwortung für die Überwachung der Geschäftstätigkeit hinsichtlich ihrer Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Die wirksame Wahrnehmung dieser Aufgabe setzt einen engen Informationsaustausch insbesondere zwischen dem Fachressort und seinem Vertreter im Aufsichtsrat voraus; dies müssen die Fachressorts sicherstellen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates üben ihr Mandat grundsätzlich persönlich und eigenverantwortlich aus; sie sollen allerdings bei ihren Entscheidungen im Landesinteresse liegende Belange im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit und der satzungsmäßigen Unternehmensziele angemessen berücksichtigen, was auch im Corporate Governance Kodex des Ministeriums der Finanzen hervorgehoben wird. Dies gilt gleichermaßen für Landesbedienstete und Externe in den Aufsichtsräten. Dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied kommt damit eine für die Steuerung der Landesbeteiligungen entscheidende Schnittstellenfunktion zu.

1.4.4. Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlungen konzentrieren sich auf die Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung, die dem Eigentümer vorbehalten sind, wie z.B. Änderung des Gesellschaftsvertrages, Auflösung der Gesellschaft, Verschmelzung, Umwandlung, Abschluss, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen (nicht delegierbare Gesellschafterbefugnisse).

In den Gesellschaftsverträgen der Unternehmen mit maßgeblicher Landesbeteiligung sind regelmäßig folgende Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung vorgesehen:

- Satzungsänderungen,
- Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses,
- Wahl des Abschlussprüfers,
- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
- Entlastung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Aufsichtsrates,
- Erwerb von Beteiligungen von mehr als 25 v. H. an anderen Unternehmen,
- Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen.

Hinsichtlich der laufenden Geschäftstätigkeit beschränkt sich die Regelzuständigkeit der Gesellschafterversammlungen damit weitgehend auf die nachträgliche Würdigung der erreichten Ergebnisse im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer sowie der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Gelingt es den Landesvertretern im Aufsichtsrat auch durch abgestimmtes Stimmverhalten nicht, bei der Beschlussfassung im Aufsichtsrat ein wichtiges Landesinteresse zur Geltung zu bringen, steht es dem zuständigen Fachressort offen, den Sachverhalt unter Darlegung des wichtigen Landesinteresses der Beteiligungsverwaltung mitzuteilen. Die Beteiligungsverwaltung prüft, ob die Gesellschafterversammlung mit der Gelegenheit befasst werden soll.

1.5. Beteiligungen des Landes

1.5.1. Überblick

Das Land Brandenburg war zu Beginn des Berichtszeitraumes, am 01.01.2003, an 31 Unternehmen unmittelbar beteiligt.

Im Frühjahr 2003 hat das Land Brandenburg gemeinsam mit der Landeshauptstadt Potsdam die Gesellschaft Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte

gGmbH (HBPG) gegründet. Das Unternehmen hat die Aufgabe, die geschichtliche und kulturelle Vielfalt Brandenburgs allen Bevölkerungsschichten, insbesondere der jungen Generation, zugänglich zu machen, die Entwicklung von Staat und Gesellschaft bis zur Gegenwart in ihren historischen, kulturellen und politischen Bezügen darzustellen und das Geschichtsbewusstsein zu fördern.

Dem standen bis zum Redaktionsschluss die Beendigung der Landesbeteiligung an der

- Ruppiner Kliniken GmbH
- Trägergesellschaft Deutscher Pavillion GmbH i.L.
- Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki Spółka Akcyjna -
Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft

gegenüber; somit hat sich die Zahl der unmittelbaren Landesbeteiligungen auf 29 reduziert.

Eine nichtunternehmerische Landesbeteiligung ist die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (NKL). Diese Staatslotterie beruht auf einem Staatsvertrag der Trägerländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Mit der Durchführung der Lotterie haben die Trägerländer ein Konsortium öffentlicher Banken beauftragt; Konsortialbank für das Land Brandenburg ist die InvestitionsBank des Landes Brandenburg. Die Aufsicht über die NKL üben die Länder über den Lotterierausschuss aus; das Ministerium der Finanzen ist in diesem Gremium vertreten.

1.5.2. Mittelbare Landesbeteiligungen

Einige unmittelbar landesbeteiligte Unternehmen halten ihrerseits Beteiligungen an weiteren Unternehmen. Eine Übersicht der mittelbaren Landesbeteiligungen ist als Anhang beigefügt.

Das Land ist bei den mittelbaren Landesbeteiligungen nicht selbst Gesellschafter; Anteile hält nur das jeweils beteiligte Unternehmen. Gesellschaftsrechtlich steht das Land

in keiner direkten Beziehung zu diesen Unternehmen, sondern übt seinen Einfluss grundsätzlich über das unmittelbar landesbeteiligte Unternehmen aus.

Demgemäß werden die mittelbaren Landesbeteiligungen nicht von der Beteiligungsverwaltung im Ministerium der Finanzen, sondern von den unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen selbst verwaltet. Die Anteile an mittelbaren Landesbeteiligungen werden im Vermögen der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen bilanziert. Für die Steuerung und Überwachung der mittelbaren Landesbeteiligungen sind originär Geschäftsführung und Aufsichtsrat des unmittelbar landesbeteiligten Unternehmens verantwortlich.

Die Beteiligungsverwaltung konzentriert sich im Rahmen ihrer Gesellschafterfunktion auf zwei Aspekte:

- Prüfung beabsichtigter Beteiligungsengagements, soweit gemäß § 65 Absatz 3 LHO ein Zustimmungsvorbehalt besteht,
- Prüfung, ob Geschäftsführung und Aufsichtsrat des unmittelbar landesbeteiligten Unternehmens ihren Verpflichtungen bezogen auf die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen ihres Unternehmens ordnungsgemäß nachgekommen sind.

Im Rahmen des Zustimmungsverfahrens gemäß § 65 Absatz 3 LHO sind für den Erwerb mittelbarer Unternehmensbeteiligungen u. a. folgende Gesichtspunkte maßgeblich:

- Beteiligungen müssen in einem Zusammenhang mit dem Hauptzweck der Muttergesellschaft stehen; sie müssen mit dem wichtigen Landesinteresse bezüglich der unmittelbaren Landesbeteiligung (Muttergesellschaft) konform gehen.
- Das mit der mittelbaren Beteiligung verbundene Risiko muss größenordnungsmäßig überschaubar sein und in angemessenem Verhältnis zum angestrebten Erfolg und zu den Kapitalverhältnissen des Unternehmens stehen; das Engagement muss betriebswirtschaftlich sinnvoll sein.

Die Mehrzahl der mittelbaren Landesbeteiligungen liegen im Portfolio weniger Unternehmen. Beispielsweise werden bei der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom gesetzlichen Auftrag als Strukturbank umfasste, aber nicht in die Organisationsform einer solchen Bank integrierbare Aufgaben durch Beteiligungsunternehmen wahrgenommen.

Die Beteiligungen der mittelbaren Beteiligungsunternehmen - mittelbare Landesbeteiligungen zweiten Grades - werden nicht im Beteiligungsbericht aufgeführt. Eine solche Darstellung der mittelbaren Landesbeteiligungen auf Enkel- oder gar Urenkelebene ist wegen derer geringen Bedeutung für das Land regelmäßig nicht erforderlich.

Informationen zum Unternehmensgegenstand und den Kennzahlen der mittelbaren Landesbeteiligungen enthält Teil 2 des Berichts.

1.5.3. Beteiligungen an Genossenschaften

Das Land hat in den Jahren 1995 und 1996 geringfügige Beteiligungen an Wohnungsbaugenossenschaften erworben. Ziel war seinerzeit, durch die Sicherung von Belegungsrechten einen wirksamen Beitrag zur Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete zu leisten.

Derzeit bestehen noch zwei Landesbeteiligungen, nämlich an der:

- Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam e. G.,
- Wohnungsbaugenossenschaft "Stadt Cottbus" e. G.

Nach dem zwischenzeitlich von dem zuständigen Fachressort erklärten Wegfall des wichtigen Landesinteresses ist die Beteiligung an der Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam e. G. zum 31.12.2005 gekündigt worden. Auch die Beteiligung an der Wohnungsbaugenossenschaft "Stadt Cottbus" e. G. soll kurzfristig beendet werden.

1.5.4. Abbau von Beteiligungen

Das Ministerium der Finanzen als Beteiligungsverwaltung und das jeweils fachlich zuständige Fachressort prüfen turnusmäßig, ob für die bestehenden Beteiligungen die Voraussetzungen des § 65 Landeshaushaltsordnung – insbesondere das wichtige Landesinteresse – noch gegeben sind. Wo dies nicht der Fall ist, wird eine Veräußerung angestrebt. Im Land Brandenburg ist allerdings kein über Jahrzehnte gewachsener Bestand an Beteiligungen vorhanden; daher ist das Potential für Veräußerungen von Beteiligungen als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung begrenzt.

Gleichwohl ist das Land Brandenburg entschlossen, sich auf den Kern seiner Aufgaben zu konzentrieren und Privatisierungen dort voranzutreiben, wo Private die Aufgaben in unternehmerischer Betätigung zumindest ebenso gut erfüllen können.

Die auf diesem Weg erzielten Fortschritte bei der Straffung des Beteiligungsportfolios sind vorstehend im Abschnitt 1.3 mit dargestellt.

1.5.5. Abwicklung von Beteiligungsunternehmen

Das Land ist u.a. an Unternehmen beteiligt, die sich - nach Wegfall des wichtigen Landesinteresses - in geordneter Abwicklung (Liquidation) befinden; diese Unternehmen sind im Teil 2 dieses Berichts dargestellt.

Daneben ist das Land noch an folgenden Unternehmen beteiligt:

SMI System Microelectronic Innovation GmbH i. Gv.

Das Unternehmen wird von einem Gesamtvollstreckungsverwalter abgewickelt. Das Land hat in diesem Rahmen weder Zahlungsverpflichtungen noch ist damit zu rechnen, dass es zu einer Vermögensverteilung an die Gesellschafter kommen wird; daher ist von einer Einzeldarstellung zu dieser Gesellschaft im Teil 2 abgesehen worden. Nach einer Mitteilung des Gesamtvollstreckungsverwalters ist damit zu rechnen, dass die Gesamtvollstreckung im Lauf des Jahres 2006 abgeschlossen werden kann.

Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH in Insolvenz

Über das Vermögen der Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i. L. hat das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg durch Beschluss vom 01.05.2004 das förmliche Insolvenzverfahren eröffnet. Die Gesellschaft, an der die ostdeutschen Bundesländer beteiligt sind, hatte die Aufgabe, die restlichen im Gesamthandseigentum der Gesellschafterländer stehenden Liegenschaften des Rundfunks der DDR und des Deutschen Fernsehfunks zu verwalten und zu verwerten.

Insolvenzgrund war die Überschuldung der Gesellschaft, nachdem sie eine Rückstellung für streitige Steuer-Nachforderungen bilden musste. Die Gesellschaft hatte das Bestehen der Nachforderung – unterstützt von ihren Steuerberater, dem Abschlussprüfer und den Gesellschaftern – als so fernliegend bewertet, dass sie auf die Bildung einer Rückstellung abgesehen hatte. Jedoch hat das Finanzgericht Berlin im März 2004 die Anfechtungsklage gegen den Nachforderungsbescheid abgewiesen. Der Insolvenzverwalter hat zwischenzeitlich Revision gegen das Urteil eingelegt.

1.6. Kennzahlen der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen im Überblick¹

Stammkapital

Der Anteil des Landes am Nennkapital der Unternehmen betrug zum 31.12.2004 rd. 43,2 Mio. € (31.12.2002: rd. 99,4 Mio. €).

Das Nennkapital der Unternehmen mit Sitz im Land Brandenburg betrug zum 31.12.2004 rd. 139,1 Mio. € (31.12.2002: rd. 370,9 Mio. €).

Der Rückgang gegenüber dem Stand zum 31.12.2002 ist zurückzuführen auf die Verschmelzung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH auf die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Unternehmen belief sich zum 31.12.2004 auf rd. 12.523,1 Mio. € und lag damit um rd. 185 Mio. € höher als zum 31.12.2002.

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2004 beschäftigten die in Brandenburg ansässigen Unternehmen und die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH insgesamt 2.900 Mitarbeiter.

Alle landesbeteiligten Unternehmen haben – teilweise über den eigenen Bedarf hinausgehend – auch in 2004 insgesamt rd. 209 Ausbildungsplätze geschaffen, um einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Ausbildungsplatzsituation zu leisten.

¹ Ohne Kreditanstalt für Wiederaufbau, Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, Wohnungsbaugenossenschaften sowie ohne Gesellschaften in Liquidation im Jahr 2004.

TEIL 2

Einzeldarstellungen der unmittelbaren Beteiligungen des Landes

2.0. Allgemeine Erläuterungen

Der folgende Textteil enthält Einzelbeiträge über die wichtigsten unmittelbaren Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts mit Angabe von Kennzahlen aus den Jahresabschlüssen zum 31.12.2003 und zum 31.12.2004 (Tätigkeitsbereiche, wichtiges Landesinteresse, wirtschaftliche Entwicklung, Zusammensetzung der Unternehmensorgane).

Die Angaben zur Zusammensetzung der Vorstände bzw. der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte entsprechen dem Stand zum 01.10.2005 (Redaktionsschluss).

Das Vorliegen – und der Fortbestand – der Voraussetzungen des § 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO (Bestehen eines wichtigen Landesinteresses; der mit der Beteiligung angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen) ist für jede unmittelbare Landesbeteiligung auf der Grundlage der durch die jeweils fachlich zuständigen Ministerien übermittelten Begründungen geprüft worden und in den nachfolgenden Einzelbeiträgen mit dargelegt.

2.1.1. FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH
Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Tel.: 089/6497-1
Fax: 089/6497-300
<http://www.fwu.de>
E-Mail: info@fwu.de



Gründungsdatum: 06.03.1950

Eintritt des Landes Brandenburg: 09.12.1992

Gegenstand des Unternehmens

Herstellung audiovisueller Medien und Förderung ihrer Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die FWU ist eine Gesellschaft, an der alle Bundesländer mit gleichen Anteilen beteiligt sind. Sie stellt den Bildungseinrichtungen auch im Land Brandenburg lehrplanbezogene und didaktisch aufbereitete Medien zur Verfügung, die den Anforderungen auf dem Medienmarkt, vor allem auch den Entwicklungen in den unterrichtsbezogenen Bereichen Multimedia-Anwendungen und Netzkommunikation, entspricht. Neben der Produktion und Herausgabe von Medien zu rahmenplanrelevanten Unterrichtsthemen leistet die Gesellschaft zunehmend inhaltliche und didaktische Entwicklungsarbeit sowie Beratung der Länder im Bereich der digitalen Medien.

Die FWU befindet sich nicht in Konkurrenz zu Verlagen und anderen Lehrmedienanbietern. Sie ergänzt das Angebot kommerzieller Anbieter, z.T. auch in Kooperationsprojekten. Das notwendige umfassende Angebot von Unterrichtsmedien zu schulbezogenen, rahmenplanrelevanten Themen kann in Umfang und Qualität zurzeit nicht vom Markt geboten werden, Eigenproduktionen der Länder wären nicht finanzierbar.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht daher fort; der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen, insbesondere setzt die Nutzung der Leistungen der FWU den Gesellschafterstatus voraus.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	163,6	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	10,2	6,25
Übrige Bundesländer (je 10,2 T€)	153,4	93,75

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	3.582,7	3.888,6
Anlagevermögen	2.748,5	2.854,9
Umlaufvermögen	815,4	1.011,9
Eigenkapital	226,9	235,1
Rückstellungen	1.756,5	1.999,3
Verbindlichkeiten	1.592,2	1.647,8
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	4.795,7	4.610,1
Erträge aus Beitragsleistungen der Gesellschafter	894,3	894,3
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.316,5	3.074,3
Abschreibungen	477,5	684,6
Betriebsergebnis	- 726	- 832
Finanzergebnis	- 66,6	- 45,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 851,3	- 885,9
Jahresergebnis	10,8	8,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	61	60
Auszubildende	1	2

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die FWU ist nach wie vor der größte Anbieter von audiovisuellen Produktionen, die ausschließlich für den Einsatz im Schulunterricht konzipiert werden.

Neben den herkömmlichen Unterrichtsmedien treten verstärkt die neuen Medien mit interaktiven und multimedialen und teilweise auch modularen Konzepten auf. Der Gesellschaft fällt dabei die Aufgabe zu, Qualitätsprodukte im Bereich der neuen Medien zu entwickeln und zu zeigen, wie lehrplanzentrale Inhalte mit moderner digitaler Technik aufbereitet werden können. Inzwischen liegen zahlreiche exemplarische Produktionen in den Medienarten DVD-Video und CD-ROM vor.

Eine neue Form der modernen Mediendistribution ist die Bereitstellung über digitale Netze. Darüber hinaus übernimmt die FWU die Betreuung und Koordination der „Säule Schule“ des Deutschen Bildungsservers.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Uwe L. Haass	(Direktor)
Dr. Anita Stangl	(stellvertretende Geschäftsführerin)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Stegmüller, Manfred	Direktor der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, München (für das Bayerische Staatsministerium der Finanzen)
Stv. Vorsitzender	Hoffmeister, Klaus	Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
	Happold, Klaus	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Stuttgart
	Dr. Heinemann, Ulrich	Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
	König, Alf-Rüdiger	Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Dresden
	Kremer, Wolfgang	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

**2.2.1. Brandenburgische Schlösser GmbH
Gemeinnützige Betriebsgesellschaft
Breite Straße 9
14467 Potsdam
Tel.: 0331/279 150
Fax: 0331/279 1594
<http://www.schloesser-gmbh.de>
E-Mail: info@schloesser-gmbh.de**



BRANDENBURGISCHE SCHLÖSSER GmbH
GEMEINNÜTZIGE BETRIEBSGESELLSCHAFT

Gründungsdatum: 09.12.1992

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Denkmalpflege, insbesondere durch Wiederherstellung, Erhaltung, Pflege und eine den anerkannten Kriterien der Denkmalpflege entsprechende Nutzung Brandenburgischer Schlösser, Herrenhäuser, Parks und Gärten in enger Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden des Landes Brandenburg.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das Landschafts- und Ortsbild in Brandenburg wird ganz wesentlich durch die mehr als 500 Schlösser, Herrenhäuser, Burgen und Gärten geprägt. Sie bilden touristische Anziehungspunkte und sind Schwerpunkt für die Ansiedlung gewerblicher und kultureller Unternehmungen im ländlichen Raum. Mit der Errichtung der Gesellschaft ist ein Instrument dafür geschaffen worden, diese bedeutenden märkischen Kulturgüter unterhalb der Kategorie der kurbrandenburgischen und preußischen Königsschlösser zu erhalten und einer denkmalverträglichen Nutzung zuzuführen.

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz leistet als Mitgeschafterin neben ihrer fachlichen Unterstützung einen jährlichen Beitrag zur Finanzierung der Gesellschaft; sie finanziert ferner alle Aufwendungen, die aus der Verwaltung und dem Betrieb der Gesellschaft entstehen.

Das wichtige Landesinteresse an einer Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Das Land hat im Jahr 2004 seine Beteiligung an der Gesellschaft durch Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils an den Mitgeschafter Deutsche Stiftung Denkmalschutz von vormals 50 v. H. auf 5,12 v. H. reduziert. Nur über den Fortbestand der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung des Landes an der GmbH konnte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für die weitere Finanzierung dieser denkmalpflegerisch bedeutsamen Aufgabe gewonnen werden.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	127,90	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg*	6,55	5,12
Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn	121,35	94,88

* Mit Wirkung vom 01.01.2004 hält das Land Brandenburg nur noch einen Geschäftsanteil in Höhe von 5,12 v. H. an der Gesellschaft.

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	35.424,9	34.256,0
Anlagevermögen	28.179,1	27.917,8
Umlaufvermögen	7.244,8	6.337,7
Eigenkapital	33.910,5	33.666,2
Rückstellungen	252,7	72,7
Verbindlichkeiten	1.261,7	517,0
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse aus Vermietung	248,8	261,3
Zuwendungen insgesamt	3.478,8	3.150,0
Sonstige betriebliche Erträge	205,0	292,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	515,2	516,3
Abschreibungen	2.389,2	2.406,0
Betriebsergebnis	- 1.419	- 590
Finanzergebnis	243,3	154,6
Jahresergebnis	- 953,6	- 244,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	15	15
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Im Berichtsjahr wurden die Sanierungsmaßnahmen an den Brandenburgischen Schlössern und Gärten in Altdöbern, Dahwitz, Diedersdorf, Doberlug, Freyenstein, Fürstlich Drehna, Genshagen, Großkmehlen, Groß Rietz, Lieberose, Martinskirchen, Steinhöfel und Zichow sowie dem Großen Militärwaisenhaus zu Potsdam entsprechend den Beschlüssen des Aufsichtsrats und den Vorgaben der Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) fortgesetzt bzw. abgeschlossen. Zudem führte die Gesellschaft laufende Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen an den Schlössern und Parkanlagen in Blankensee, Reckahn und Steinhöfel durch.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Wolfgang Illert

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Prof. Dr. Krautzberger, Michael	Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn
Stv. Vorsitzender	Prof. Dr. Trouet, Klaus	Vorstandsmitglied Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn
	Eichhorn, Gerhard	Geschäftsführer Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn
	Prof. Dr. Kiesow, Gottfried	Vorstandsvorsitzender Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn
	Krone, Klaus	Krone Management & Technologie GmbH & Co. KG, Berlin
	Prof. Dr. Wanka, Johanna	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
	Dr. Wilcken, Rosemarie	Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar

2.2.2. HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Goseriede 9
30159 Hannover
Tel.: 0511/1220-0
Fax: 0511/1220-250 / 160
http://www.his.de
E-Mail: ederleh@his.de



Gründungsdatum: 01.04.1969

Eintritt des Landes Brandenburg: 11.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Unterstützung der Hochschulen und der zuständigen Verwaltungen in ihrem Bemühen um eine rationelle und wirtschaftliche Erfüllung der Hochschulaufgaben durch

- a) *Entwicklung von Verfahren zur Rationalisierung der Hochschulverwaltung sowie Mitwirkung bei deren Einführung und Anwendung,*
- b) *Untersuchungen und Gutachten zur Schaffung von Entscheidungsgrundlagen,*
- c) *Entwicklung von Grundlagen für den Hochschulbau,*
- d) *Bereitstellung von Informationen und Organisation von Informationsaustausch.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die HIS GmbH ist eine Gesellschaft in gemeinschaftlicher Trägerschaft des Bundes und aller Bundesländer. Sie liefert alle wichtigen Software-Bausteine für die Hochschulverwaltungen Brandenburgs, verbessert diese und entwickelt neue Versionen für die Hochschulen. Darauf aufbauend erhalten die Hochschulen im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung die Software „HISCOB“ der HIS-GmbH.

In den ständig aktualisierten Arbeitsprogrammen der HIS GmbH sind hochschulspezifische Aufgaben, Problemstellungen und Untersuchungsziele berücksichtigt, aus denen wichtige Erkenntnisse für den Hochschulbereich resultieren. Themenfelder sind u. a. die Studierendenforschung, Ausstattungs-, Kosten und Leistungsvergleiche, der Einsatz der Informationstechnologie in der Hochschulausbildung, Studienreform, Modularisierung, Profilbildung, Wettbewerb, Evaluation, Entwicklung von Kennzahlen und der Datenservice. Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der HIS-GmbH sind von großer Bedeutung für die Hochschulplanung des Landes Brandenburg; von allgemeiner Bedeutung sind u. a. die Studierendenforschung, Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche, Entwicklung der Kennzahlen und der Datenservice.

An der Beteiligung besteht damit weiterhin ein wichtiges Landesinteresse. Bund und Länder haben sich entschlossen, diese Serviceleistung durch eine Einrichtung in gemeinsamer Trägerschaft erbringen zu lassen; der Zugang zu den Leistungen der Gesellschaft setzt den Gesellschafterstatus voraus.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	49,20	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	16,40	33,33
Land Brandenburg	2,05	4,17
Übrige Bundesländer (je 2,05 T€)	30,75	62,50

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	6.240,8	6.811,7
Anlagevermögen	666,0	547,8
Umlaufvermögen	5.515,8	6.210,9
Eigenkapital	260,6	346,3
Rückstellungen	713,8	983,4
Verbindlichkeiten	3.711,2	4.476,6
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Erträge aus Zuwendungen und Zuschüssen	14.430,6	14.038,5
davon: Institutionelle Förderung	8.323,5	8.728,4
Projektförderung	6.107,0	5.310,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	11.371,8	12.133,1
Abschreibungen	473,8	412,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,4	86,0
Jahresergebnis	3,0	85,7
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	252	266
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die HIS ist Hauptanbieter von spezieller Software und von DV-Supportleistungen für Hochschulverwaltungen. Die Nachfrage nach den Leistungen der Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2004 ungebrochen und überstieg bei voller Ausschöpfung der verfügbaren Ressourcen erneut die finanzierungsbedingt nicht beliebig flexibel erweiterbaren Kapazitäten. Das für das Jahr 2004 kalkulierte Einnahmenniveau aus Supportentgelten wurde erneut übertroffen. Der Umfang der Leistungen in allen Geschäftsbereichen, in denen Entgelte erhoben werden, konnte auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Jahre 2004 wie in den Vorjahren überwiegend durch institutionelle Zuwendungen des Bundes und der Länder. Durch die institutionelle Förderung ist sichergestellt, dass das von der Gesellschaft für den laufenden Betrieb und für Investitionen benötigte Finanzvolumen in ausreichendem Umfang verfügbar ist.

Die Nachfrage nach Untersuchungen, Analyse- und Beratungsleistungen der Abteilungen Hochschulforschung und Hochschulplanung ist ungebrochen. Aufgrund ihres hochspezifischen Know-hows zur Struktur des deutschen Hochschulwesens und der hochschulspezifischen Gesprächsprozesse erwartet die Gesellschaft, ihre bisherige Stellung als führender Softwarelieferant und Dienstleister im Hochschulverwaltungssegment weiterhin erfolgreich behaupten und ausbauen zu können.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Jürgen Ederleh

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Börger, Christian	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
Stv. Vorsitzender	Prof. Dr. Postlep, Rolf-Dieter	Präsident der Universität Kassel
	Beemelmans, Stéphane	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
	Datzer, Harald	Behörde für Wissenschaft und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg

Ehrenberg, Christoph	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Prof. Dr. Klockner, Clemens	Präsident der Fachhochschule Wiesbaden
Knauer, Dieter	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
Lütz, Walter	Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Rubin, Helmut	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Welz, Joachim	Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

**2.2.3. IHP GmbH - Innovations for
High Performance Microelectronics /
Institut für innovative Mikroelektronik
Im Technologiepark 25
15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335/56 25-0
Fax: 0335/56 25-300
<http://www.ihp-microelectronics.com>
E-Mail: ihp@ihp-microelectronics.com**



innovations
for high
performance

microelectronics

Gründungsdatum: 20.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Informationstechnologie, insbesondere zur Förderung der Innovation bei den Hochtechnologien. Die Gesellschaft soll zur Stärkung des Zusammenwirkens von wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, Technologie und Anwendung beitragen. Sie soll eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, sowie mit Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich zivile und unmittelbar gemeinnützige, insbesondere wissenschaftliche Zwecke.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die IHP ist eine in der Rechtsform der GmbH gegründete gemeinnützige Forschungseinrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft G. W. Leibniz ("Blaue Liste"), die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Forschung nach Art. 91 b Grundgesetz in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung im Wege der institutionellen Förderung vom Bund, dem Land Brandenburg und den anderen Bundesländern finanziert wird.

Die Gesellschaft betreibt am Hochtechnologiestandort Frankfurt (Oder) Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Informationstechnologie; insbesondere zur Förderung der Innovation bei den Hochtechnologien; sie arbeitet eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, sowie mit einer Vielzahl von Wirtschaftsunternehmen zusammen. An dieser Tätigkeit besteht ein gewichtiges forschungs-, wirtschafts- und standortpolitisches Interesse des Landes.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher erreichen: Die Rechtsform der GmbH bietet die Grundlage für Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen. Bei der IHP als gemeinnützige Einrichtung und Mitglied der WGL besteht zu der gesellschaftsrechtlichen Trägerschaft des Landes derzeit keine Alternative.

Stammkapital		
	T€	v. H.
Insgesamt	26,0	100,0
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	26,0	100,0

Kennzahlen		
	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	52.335,5	56.827,8
Anlagevermögen	46.450,6	49.642,3
Umlaufvermögen	5.845,0	7.154,5
Eigenkapital	78,1	1.291,5
Rückstellungen	969,5	1.406,2
Verbindlichkeiten	4.377,1	4.980,6
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse (aus Forschung und Entwicklung sowie Know-how- und Technologietransfer)	4.979,1	442,2
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	14.136,0	28.854,8
davon: Institutionelle Förderung	12.704,0	18.051,0
Projektförderung	1.293,0	1.943,0
Sonstige (EFRE, EU, DFG)	139,0	8.861,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	8.532,4	9.138,9
Abschreibungen	50,1	37,0
Betriebsergebnis	- 15,1	1.213,3
Jahresergebnis	- 15,1	1.213,3
Mitarbeiter ¹ (einschließlich Geschäftsführung)	193	199
Auszubildende	14	15

¹ Einschließlich Drittmittelpersonal und ABM-Mitarbeiter

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit der anwendungsbezogenen Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Mikroelektronik, vor allem mit der systemorientierten Erweiterung der Silizium-Technologie, insbesondere für drahtlose und Breitband-Anwendungen. Im Jahr 2004 ist es der IHP wiederum gelungen, einen weltweit führenden Platz innerhalb der Forschungseinrichtungen der Mikroelektronik einzunehmen. Dies spiegelt sich u. a. durch die erfolgreiche Teilnahme an der IEDM, der jährlichen "Olympiade der Mikroelektronik", sowie an anderen internationalen Konferenzen wieder. Die Resonanz machte deutlich, dass das Ansehen der IHP in der internationalen Fachwelt weiterhin auf einem hohen Niveau ist.

In 2004 konnte die Gesellschaft wichtige wissenschaftlich-technische Ergebnisse erreichen, darunter u. a. die Erhöhung der Grenzfrequenz des Value-Prozesses, die Integration von komplementären High-Performance-Transistoren, die Erarbeitung neuer Isolator-Materialien mit hoher Dielektrizitätskonstante, die Evaluierung der Eignung von Si-basierten Lichtemissionen auf der Basis von ionenimplantierten LEDs, die Erweiterung der Arbeiten an drahtlosen Systemen zu höheren Datenraten und die Erarbeitung und Anwendung eines integrierten Wireless-Bus-Systems.

Die IHP wird ihre Forschungsarbeit weiterhin auf Innovationen der drahtlosen und Breitbandkommunikation fokussieren, da kostengünstige Technologien zunehmend höhere Frequenzen beherrschen, höhere Datenreihen übertragen werden können und der Konsumentenbereich zunehmend mit drahtloser Datenübertragung durchdrungen wird. In Verbindung mit der Anwendung der Halbleitertechnologie für neue Anwendungsfelder werden Vorlaufforschungen zur Kopplung biologischer Medien mit Halbleiteroberflächen, zur Lichtemission von Silizium hinsichtlich einer optischen Datenübertragung auf den Chip und theoretische Betrachtungen zum Ladungstransport in Quantenstrukturen gemeinsam mit der BTU im Joint Lab ausgebaut.

Beteiligungen

Die IHP GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. lesswire AG

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Entwicklung und Vermarktung von Produkten der drahtlosen Kommunikation, insbesondere von Komponenten, Systemen, Applikationen und Service.

Am 16.09.2005 ist ein Vertrag über die Veräußerung der Beteiligung der IHP an der lesswire AG mit Wirkung zum 31.10.2005 abgeschlossen worden. Der Vertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit noch der Zustimmung von Aufsichtsrat und Vorstand der lesswire AG.

<u>Stammkapital</u>		
	T€	v. H.
Insgesamt	172,4	100,00
<u>davon:</u>		
IHP GmbH	25,0	14,50
ATAMA	41,7	24,20
Dr. Meyfarth	20,0	11,60
Lintec AG	23,6	13,70
Übrige	62,1	36,00

<u>Kennzahlen</u>		
	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	145,1	191,5
Eigenkapital	30,8	0,0
Bilanzsumme	910,5	1.084,5
Umsatzerlöse	680,6	883,3
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	705,5	725,0
Jahresergebnis	- 133,2	- 96,8
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	14	14
Auszubildende	0	0

2. Communicant Semiconductor Technologies AG

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Planung und Durchführung von Hochtechnologievorhaben im Bereich der elektronischen Komponenten und/oder Herstellung elektronischer Produkte sowie Erbringung von Auftragsproduktionen für die Halbleiterindustrie, insbesondere im Bereich der Geräte für mobile Kommunikation.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 31.08.2005 einstimmig die Auflösung der Gesellschaft zum Ablauf des 31.08.2005 beschlossen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	246,6	100,00
<u>davon:</u>		
IHP GmbH, Frankfurt (Oder)	37,6	15,30
Dubai Airport Free Zone, Vereinigte Arabische Emirate	64,4	26,10
GSMC Planning GmbH, Frankfurt (Oder)	50,0	20,30
ILB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam	14,6	5,90
Intel Capital Corporation, Grand Cayman	79,9	32,40

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0,0	0,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	27.403,8	25.211,0
Bilanzsumme	73.062,5	34.669,8
Sonstige betriebliche Erträge	4.711,5	40,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	7.123,4	0,0
Jahresergebnis	- 194.091,9	2.192,7
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	154	9

Geschäftsführung der IHP GmbH

Prof. Dr. Wolfgang Mehr

Manfred Stöcker

Aufsichtsrat

Vorsitzende Pistor, Konstanze

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

Stv. Vorsitzender	Sondermann, Thomas	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
	Dr. Draheim, Peter	Chief Executive Officer der Silicon Manufacturing Itzenhoe SMI GmbH, Itzenhoe
	Prof. Dr. Gabriel, Helmut	Institut für Theoretische Physik der Freien Universität Berlin
	Quinkert, Norbert	Vorsitzender der Geschäftsführung der Motorola GmbH, Taunusstein
	Dr. Richter, Harald	IHP GmbH, Frankfurt (Oder)
	Prof. Dr. Sigmund, Ernst	Präsident der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus
	Dr. Winkler, Wolfgang	IHP GmbH, Frankfurt (Oder)
	Wittmer, Gerhard	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

2.2.4. GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH
Max-Planck-Straße 1
21502 Geesthacht
Tel.: 04152/87-0
Fax: 04152/87-1403
http://www.gkss.de
E-Mail: contact@gkss.de



Außenstelle Teltow:
Kantstraße 55
14513 Teltow

Gründungsdatum: 18.04.1956

Eintritt des Landes Brandenburg: 01.01.1998

Gegenstand des Unternehmens

Forschung und Entwicklung

- 1. zur Nutzung der Kernenergie, einschließlich der Weiterentwicklung des Kernenergie-Schiffsantriebs,*
- 2. zur Nutzung des Meeres und der Küsten,*
- 3. auf anderen Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik.*

Bei der Durchführung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit den norddeutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten eng zusammen. Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das GKSS-Forschungszentrum ist eine der in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. (HGF) zusammengeschlossenen nationalen Forschungseinrichtungen. Unter Einsatz von Großgeräten werden Beiträge zur Grundlagenforschung zu Schlüsseltechnologien und zur Vorsorgeforschung geleistet. Die Arbeiten tragen dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und dabei ein Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

Seit dem 01.01.1992 ist die Außenstelle Teltow-Seehof der GKSS als Abteilung Membranforschung Teil des GKSS-Instituts für Chemie. Schwerpunkt der Forschung ist die Entwicklung von auf Membranen basierenden Biomaterialien. Diese Arbeiten sind im Programm Medizintechnik des HGF-Forschungsbereiches „Gesundheit“ verankert. Damit verbunden ist auch der Ausbau des Standortes mit einem „Biomedizinischen Technikum“.

Mit der Beteiligung an der GKSS konnte der Standort Teltow-Seehof langfristig gesichert werden. Die Kooperationsbeziehungen der Gesellschaft mit wissenschaftlichen

Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen wirkt sich bei Einrichtungen und Unternehmen im Land Brandenburg insgesamt positiv aus.

Am Bestand des Forschungsstandortes Teltow besteht - nach wie vor - ein wichtiges Landesinteresse. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Es war der ausdrückliche Wunsch der Mitgesellschafter, dass sich das Land Brandenburg im Zuge der Integration der Abteilung in Teltow auch gesellschaftsrechtlich an der GKSS beteiligt. Als Mitgesellschafter hat das Land im Übrigen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Forschungstätigkeit der GKSS.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	40,9	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	18,9	46,25
Land Brandenburg	0,3	0,63
Land Niedersachsen	0,3	0,63
Freie und Hansestadt Hamburg	0,5	1,25
Land Schleswig-Holstein	1,0	2,50
Gesellschaft zur Förderung des GKSS- Forschungszentrum e.V.	6,6	16,25
Übrige Gesellschafter (20 Firmen und Verbände)	13,3	32,49

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	204.761,1	228.885,7
Anlagevermögen	57.152,9	55.978,6
Umlaufvermögen	147.252,6	172.341,6
Eigenkapital	40,9	40,9
Rückstellungen	137.461,1	164.411,8
Verbindlichkeiten	2.857,4	1.461,2
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Erträge aus Zuschüssen insgesamt	63.560,5	93.136,0
Erlöse und andere Erträge	11.661,8	16.972,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	37.910,9	35.802,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit / Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	767	741
Auszubildende	50	52

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die GKSS leistet mit ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit Beiträge zu Zielen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm konzentriert sich auf drei Forschungsschwerpunkte:

- Leichtbau in der Verkehrs- und Energietechnik,
- Polymerbasierende Werkstoffsysteme / Regenerative Medizin,
- Meeresforschung und Meerestechnik

und das strategische Projekt GeNeSys (Methoden zur Neutronensteuerung).

Die langjährigen Erfahrungen der technisch-orientierten Entwicklung von Polymeren für die Stofftrennung werden inzwischen auf neue Problemlösungen gerichtet, wie zum Beispiel auf die Entwicklung biokompatibler Trenn- und Trägerwerkstoffe für organunterstützende Systeme. Damit sollen insbesondere Innovationen im Bereich Gewebekulturtechnik und Organunterstützungssysteme vorgebracht und verbesserte Therapieformen erzielt werden. Durch ganzheitliche Betrachtung der Regenerativen Medizin von Biomaterial bis hin zur klinischen Bewertung soll ein wesentlicher Fortschritt im therapeutischen Verständnis erreicht werden. Um wichtige Funktionen erkrankter Organe übernehmen zu können, werden bei der GKSS Kunststoffmembranen für „Biohybridorgane“ entwickelt. Diese stellen eine Kombination aus künstlichen Materialien und Organzellen dar.

Beteiligungen

Die GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)

Sitz des Unternehmens: Hamburg

Gegenstand des Unternehmens: Ausbau und Betrieb eines Klimarechenzentrums für Zwecke der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung in der Klimatologie und den mit der Klimatologie unmittelbar verwandten Disziplinen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	57,2	100,00
<u>davon:</u>		
GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH	5,2	9,09
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., Berlin	31,2	54,55
Freie und Hansestadt Hamburg	15,6	27,27
Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven	5,2	9,09

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	26.298,4	22.390,2
Eigenkapital	975,9	1.118,3
Bilanzsumme	34.015,8	25.050,4
Für die Aufwandsdeckung zur Verfügung stehenden Erlöse und andere Erträge	20.688,7	7.035,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.284,7	1.400,5
Jahresergebnis	59,9	142,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	21	21

2. Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum GmbH (GITZ)

Sitz des Unternehmens: Geesthacht

Gegenstand des Unternehmens: Durch Stimulierung und Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen und andere geeignete Maßnahmen sollen Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region gegeben werden.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	1.020,0	100,0
<u>davon:</u>		
GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH	204,0	20,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Herzogtum Lauenburg mbH	316,2	31,00
Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg	214,2	21,00
Stadt Geesthacht	204,0	20,00
Industrie- und Handelskammer Lübeck	51,0	5,00
Dresdner Bank	30,6	3,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	4.745,9	4.574,0
Gezeichnetes Kapital	1.020,0	1.020,0
Bilanzsumme	4.761,8	4.592,0
Umsatzerlöse	336,0	382,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	151,6	160,8
Jahresergebnis	- 49,8	- 20,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführer)	4	4

Geschäftsführung der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

Prof. Dr. Wolfgang Kaysser (Wissenschaftlicher Geschäftsführer)

Michael Ganß (Kaufmännischer Geschäftsführer)

Aufsichtsrat

Vorsitzender Grübel, Hartmut Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Stv. Vorsitzender Dr. Sauer, Gustav Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bengtson, Gisela GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht

Deutschland, Peter Vorsitzender DGB Bezirk Nord, Hamburg

Fangohr, Hanna Behörde für Wissenschaft und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Helbig, Gisela Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Dr. Holzwrath, Fritz Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin

Prof. Dr. Huppmann, Wienfried	Hilti AG, Eschen
Dr. Kirner, Klaus Peter	ThyssenKrupp Turbinenkomponenten GmbH, Remscheid
Dr. Kollatschny, Axel	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
Prof. Dr. Lehmann, Eike	Technische Universität Hamburg-Harburg, Hamburg
Dr. Pfuff, Michael	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Pistor, Konstanze	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Dr. Riethmüller, Rolf	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Wehner, Peter	Vorsitzender der Gesellschaft zur Förde- rung des GKSS-Forschungszentrums e.V., Norderstedt

**2.2.5. Kunst- und Ausstellungshalle
der Bundesrepublik Deutschland GmbH**
Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn
Tel.: 0228/9171-0
Fax: 0228/23 41 54
<http://www.bundeskunsthalle.de>



Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

Gründungsdatum: 18.12.1989

Eintritt des Landes Brandenburg: 18.06.1998

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, um geistige und kulturelle Entwicklungen von nationaler und internationaler Bedeutung sichtbar zu machen. Dies geschieht durch Ausstellungen, die von der Gesellschaft veranstaltet werden oder – auch im Austausch – übernommen werden sowie durch Vorträge, Diskussionen, Film- und Musikaufführungen und andere Präsentationen. Die Gesellschaft steht auch als Forum für Gespräche zwischen Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Geistesleben sowie aus dem Bereich der Politik zur Verfügung.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Durch die Beteiligung an der Gesellschaft wird dem Land Brandenburg die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund auf die Ausstellungs- und Veranstaltungspolitik dieser international renommierten Einrichtung Einfluss zu nehmen und letztlich ein Stück bundesweiter Kulturpolitik mitzugestalten. Insbesondere durch Ausstellungen sollen geistige und kulturelle Entwicklungen von nationaler und internationaler Bedeutung sichtbar gemacht werden. Die Kunst- und Ausstellungshalle nimmt aufgrund ihrer Zielsetzung und durch die Verknüpfung von Bund und Ländern wichtige gesamtdeutsche Aufgaben im Bereich der Bildenden Kunst wahr.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht auch weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Teilhabe an den Leistungen der Gesellschaft setzt den Gesellschafterstatus voraus. Die laufende Tätigkeit der Gesellschaft wird durch den Bund finanziert, das Land Brandenburg leistet keine Finanzierungsbeiträge.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	41,9	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	25,6	60,98
Land Brandenburg	1,0	2,44
Übrige Bundesländer	15,3	36,58

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	2.735,5	7.045,0
Umlaufvermögen	1.679,0	2.759,9
Gezeichnetes Kapital	41,9	41,9
Rückstellungen	552,4	565,3
Verbindlichkeiten	1.783,9	5.434,0
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	6.882,9	9.907,5
Erträge aus Zuwendungen	15.988,4	14.922,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	5.453,7	5.497,9
Betriebsergebnis	- 617,1	- 1.993,9
Finanzergebnis	15,0	9,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 639,7	- 1.985,0
Jahresergebnis	- 602,1	- 1.984,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	110	120
Auszubildende	9	10

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Thematische Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft sind Ausstellungen aus den Bereichen Kunst und Kultur, aber auch Ausstellungen aus den Bereichen Wissenschaft und Technik.

Im Geschäftsjahr 2004 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der KAH im Bereich der Vorbereitung und Durchführung von zehn Ausstellungen, wovon fünf Ausstellungen bereits in 2003 eröffnet wurden.

Neben den ausstellungsbegleitenden Programmen wurde das Veranstaltungsprogramm erweitert. Die Ausstellungshalle der Gesellschaft bietet einen Rahmen für Gastspiele in den Bereichen Musik, Tanz, Theater, Medien und zahlreichen Fremdveranstaltungen von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden. Die Installation des Zelt-daches auf dem Museumsvorplatz in Bonn hat einen wesentlichen Anteil am stetig wachsenden Erfolg der Veranstaltungen der KAH.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Wenzel Jakob	(Geschäftsführer)
Wilfried Gatzweiler	(Kaufmännischer Geschäftsführer)

Kuratorium

Vorsitzender	Dr. Nevermann, Knut	Bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Bundeskanzleramt, Berlin
Stv. Vorsitzender	Kral, Wolfgang	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
	Dr. Bias-Engels, Sigrid	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bonn
	Bröhl, M. Georg	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin
	Dr. Carl, Rolf-Peter	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Guntermann, Peter	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Halstenberg, Michael	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
Hohlfeld, Margit	Senatsverwaltung für Kultur, Bremen
Knich-Walter, Helga	Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes, Saarbrücken
Dr. Lemcke, Enoch	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Letko, Gerold	Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Lingenthal, Rainer	Bundesministerium des Innern, Berlin
Dr. Müller, Peter	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin
N. N.	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Pahl, Veronika	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Dr. Patermann, Christian	Europäische Kommission, Generaldirektion XII für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Brüssel
Dr. Schacht, Konrad	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Wiesbaden
Dr. Schleicher, Hans-Werner	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden
Schmid, Toni	Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München
Schnelle, Rolf-Dieter	Auswärtiges Amt, Berlin
Schumacher, Heidi	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Dr. Schwandner, Annette	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
Tolle, Marie-Luise	Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
Dr. von Trützscher, Werner	Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Erfurt
Winands, Günter	Behörde der Beauftragten der Bundes- regierung für Kultur und Medien, Bonn

**2.2.6. Haus der Brandenburgisch-Preußischen
Geschichte gemeinnützige GmbH**
Schloßstraße 12
14467 Potsdam
Tel.: 0331/620 85 - 00
Fax: 0331/620 85 - 59
<http://www.hbpg.de>
E-Mail: info@hbpg.de



Gründungsdatum: 14.03.2003

Gegenstand des Unternehmens

Das Unternehmen hat die Aufgabe

- *die geschichtliche und kulturelle Vielfalt Brandenburgs allen Bevölkerungsschichten, insbesondere der jungen Generation, zugänglich zu machen;*
- *die Entwicklung von Staat und Gesellschaft bis zur Gegenwart in ihren historischen, kulturellen und politischen Bezügen darzustellen;*
- *das Geschichtsbewusstsein zu fördern und den Heimatgedanken zu pflegen und dadurch das historische Erbe für die Zukunft der Region Berlin-Brandenburg im nationalen und internationalen Rahmen fruchtbar zu machen.*

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kutschstalls Am Neuen Markt in Potsdam als multifunktionales Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude sowie die Erforschung und Erschließung des historischen Erbes, insbesondere durch:

- *die Planung und Durchführung von Veranstaltungen kultureller und wissenschaftlicher Art sowie Ausstellungen, vornehmlich zur Geschichte Brandenburgs, Preußens und Potsdams;*
- *die Kooperation mit den Forschungs- und Kultureinrichtungen in der Landeshauptstadt Potsdam und der Region;*
- *die Übernahme von Trägerschaften für Projekte, die sich der Erforschung und Erschließung des historischen Erbes widmen;*
- *die Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Erforschung und Erschließung des historischen Erbes;*
- *die Verbreitung von Forschungsergebnissen zum historischen Erbe.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Gesellschaft soll in dem Kutschstallgebäude in Potsdam die historischen und kulturellen Grundlagen des Landes im Rahmen von Ausstellungen und anderen Veranstaltungen darstellen und damit identitätsstärkend und als Präsentationsforum gegenüber Gästen wirken. Die HBPG arbeitet mit einem Konzept, das auf Netzwerke aufbaut, die finanziell zur Realisierung der Aktivitäten mit beitragen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen, denn der Gesellschafterstatus ist Voraussetzung dafür, die Ausrichtung und Tätigkeit der Gesellschaft maßgeblich mitbestimmen zu können.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25,00	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	16,75	67,00
Landeshauptstadt Potsdam	8,25	33,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	695,0	342,2
Anlagevermögen	214,9	156,8
Umlaufvermögen	478,2	183,8
Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0
Rückstellungen	38,2	19,7
Verbindlichkeiten	249,9	121,4
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	781,6	1.189,8
Sonstige betriebliche Erträge	415,9	127,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	256,3	408,3
Betriebsergebnis	165,0	- 150,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	165,9	- 146,6
Jahresergebnis	165,9	- 146,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	14	27
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die HBPG ist ein Forum für die aktive, kritische und offene Auseinandersetzung mit der Landesgeschichte Brandenburgs und mit der preußischen Geschichte. Dafür hält das Haus eine ständige Ausstellung zur Geschichte von Brandenburg und Preußen vor, organisiert Sonderausstellungen sowie ein dem Profil des Hauses entsprechendes Veranstaltungsprogramm.

Kommunikation, Kooperation und Koordination sind die Leitmotive für die Arbeit der Gesellschaft. Mit ihrem Forumcharakter ist die HBPG offen für alle Veranstaltungen, die sich der Auseinandersetzung mit Geschichte widmen. Das Haus ist ein Ort der Information, der Begrenzung, der Diskussion sowie der Freizeit und Unterhaltung.

Die HBPG erhält von seinen Gesellschaftern Land Brandenburg und Landeshauptstadt Potsdam eine Sockelfinanzierung im Wege der institutionellen Förderung. Die Projektarbeit, Ausstellungen und Veranstaltungen werden zu wesentlichen Teilen aus Drittmitteln finanziert.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Gert Streidt

Aufsichtsrat

Vorsitzende	Prof. Dr. Wanka, Johanna	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Dr. Art, Klaus	Stadtverordnetenversammlung Potsdam
	Prof. Dr. Dorgerloh, Hartmut	Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
	Fischer, Gabriele	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport der Landeshauptstadt Potsdam
	Knöll, Hans-Jochen	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Dr. Schröter, Karin	Stadtverordnetenversammlung Potsdam
	Zimmermann, Norbert	Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin

**2.3.1. LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit
Brandenburg GmbH
Wetzlarer Straße 54
14482 Potsdam
Tel.: 0331/6 00 22 00
Fax: 0331/6 00 24 00
<http://www.lasa-brandenburg.de>
E-Mail: office@lasa-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 13.08.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 08.03.1991

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb einer Einrichtung der Arbeitsförderung. Der Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch:

- a) *Beratung,*
- b) *Qualifizierung und Ausbildung von Zielgruppen und Akteuren der Arbeitsmarktpolitik,*
- c) *Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen einschließlich der dazu gehörigen Bescheiderteilung und Auszahlung der Mittel - und soweit von den Mittelgebern zugelassen deren treuhänderischen Verwaltung -; dies umfasst die Verpflichtung zur Prüfung auf antragsgemäße Verwendung der Mittel und erforderlichenfalls Rückforderungen.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die LASA ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der Arbeitsmarkt- und Strukturförderpolitik des Landes Brandenburg, sie bearbeitet damit ein im Fokus des Landesinteresses stehendes Aufgabenfeld. Nach wie vor groß ist die Nachfrage nach dem Beratungs- und Fortbildungsangebot der LASA, das ergänzt wird durch eine vielbeachtete Veranstaltungs- und Informationstätigkeit. Daneben ist die LASA mit der Umsetzung insbesondere des Landesprogramms – Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg (LAPRO) – betraut.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die LASA ist der zentrale Dienstleister für die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik des Landes. Wegen der Bedeutung dieser Aufgabe und des Volumens der von der Gesellschaft verwalteten Mittel ist es notwendig, dass das Land – über seine Einflussmöglichkeiten im Rahmen des Finanzierungsverhältnisses hinaus – auch auf Anteilseignerebene steuernd Einfluss auf die Einrichtung nehmen kann.

Stammkapital	T€	v. H.
Insgesamt	153,5	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	153,5	100,00

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	2.453,1	2.695,4
Anlagevermögen	439,5	358,8
Umlaufvermögen	2.009,7	2.336,6
Eigenkapital	511,3	511,4
Rückstellungen	575,6	890,3
Verbindlichkeiten	926,7	934,9
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	7.618,7	8.159,2
davon: Öffentlich-rechtlicher Vertrag	4.291,0	5.060,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	6.026,7	6.440,5
Abschreibungen	255,3	182,5
Betriebsergebnis	- 49,0	- 22,0
Zinsergebnis	29,0	21,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,9	1,7
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	143	145
Auszubildende	1	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die LASA betreibt mit der Umsetzung des „Konzeptes 2006“ eine Verschlan­kung und Effizienzsteigerung der Organisation. Der Umfang der Geschäftstätigkeit konnte insbesondere durch die Drittmittelaufträge erweitert werden.

Der Beratungsbereich der LASA setzte die Landesarbeitsmarktpolitik mit dem Ziel um, ein Höchstmaß an struktur- und beschäftigungspolitischen Wirkungen zu erreichen, innovative Ansätze zu stärken und die Qualität arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu sichern.

Mit der Verzahnung von Fördermitteln des Landes mit denen der Bundesagentur für Arbeit und der EU unter Berücksichtigung der Doppelstrategie zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer verfolgte die LASA im Berichtsjahr weiterhin die Umsetzung ihrer Aufgabenschwerpunkte. Wesentliche Maßnahmen in diesem Bereich betrafen die Beratung und Begleitung der Koordinationsbüros in den Kreisen und kreisfreien Städten, die Organisation der Qualitätssicherung über Zielvereinbarungen und dialogorientierter Zielverfolgung, die Beratung der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit anderen Förderbereichen und dem Einsatz von Gender-Mainstreaming, die Unterstützung bei der Entwicklung regionaler Beschäftigungs- und Strukturförderprogramme, sowie von frauenspezifischen Projekten und die Wahrnehmung von Abstimmungs-, Koordinierungs- und Vernetzungsaufgaben zwischen den Akteuren und Fachressorts sowie deren nachgeordneten Einrichtungen. Im Jahr 2004 konnten die bisher besten Ergebnisse bei der Beschäftigung von Arbeitslosen in investive Infrastrukturvorhaben erzielt und die höchste Investitionssumme mobilisiert werden.

Im Laufe des Jahres 2004 wurden 35 verschiedene Förderpunkte im Rahmen des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ bei der LASA Brandenburg GmbH umgesetzt. Insgesamt wurden 4.395 Anträge bearbeitet und 3.001 Zuwendungsbescheide für 27.700 Förderfälle erstellt. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Stammblattverfahrens insgesamt 62.800 Stammbblätter in elektronischer Form per WEBLASA (interaktives internetbasierendes Fördermanagement-System) übermittelt und ohne manuellen Eingriff automatisch in die Datenbank des Verarbeitungsprogramms FMLASA transferiert.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek

Kurt Beckers

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Alber, Winfrid	Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Schulz-Roloff, Rolf	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Huhn, Brigitte	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kautz, Rotraut	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam
	Krause, Reinhard	Unternehmensberater
	Mattusch, Udo	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

2.4.1. **Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)**
Flughafen Schönefeld
12521 Berlin
Tel.: 030/6091-0
Fax: 030/6091-1623
<http://www.berlin-airport.de>
E-Mail: pressestelle@berlin-airport.de



Gründungsdatum der BBF: 12.12.1991

Gründungsdatum der FBS: 17.09.1990

Im Jahr 2003 wurde die Konzernstruktur der früheren Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) durch Verschmelzungsprozesse stark vereinfacht. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurden die folgenden Unternehmen:

- **Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH (FPS),**
- **Projektplanungsgesellschaft mbH für die Entwicklung des Flughafenstandortes Berlin-Schönefeld (PPS) sowie**
- **Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF)**

auf die **Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)** mit Wirkung zum 01.01.2003 verschmolzen. Die Verschmelzung der Berliner Flughafen Gesellschaft mbH – an der die FBS 100 v. H. der Anteile hält – auf die FBS ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensgegenstand ist der Betrieb und der Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) sowie die unternehmerische Beteiligung an Flughafengesellschaften im Berlin-Brandenburger Raum.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Entwicklung des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg wird entscheidend mitbestimmt durch die Leistungsfähigkeit seiner Luftverkehrsinfrastruktur, für deren Fortentwicklung die Gesellschaft ein wesentlicher Faktor ist. Das Land Brandenburg hat ein hohes Interesse daran, dass

- das bestehende Flughafensystem mit den Standorten Tegel, Tempelhof und Schönefeld unternehmerisch geführt wird und das Land einen mitbestimmenden Einfluss auf die Entscheidungen zur weiteren Entwicklung dieses Systems ausüben kann,

- der vorgesehene Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Single-Airport Berlin Brandenburg International (BBI) mit Einfluss und Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes geplant und durchgeführt wird.

Durch den geplanten Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International würde die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg belebt und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ermöglicht werden.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck, Ausbau des Flughafen Schönefeld zum BBI, lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen, als in einer unternehmerisch geführten Gesellschaft mit Beteiligung des Landes Brandenburg.

<u>Stammkapital</u> ¹	T€	v. H.
Insgesamt	30,0	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	7,8	26,00
Land Brandenburg	11,1	37,00
Land Berlin	11,1	37,00

¹ lt. Gesellschaftsvertrag vom 27.08.2003

1. Konzerndaten -

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	621.513	666.124
Anlagevermögen	487.335	539.056
Umlaufvermögen	133.241	125.906
Eigenkapital	202.640	268.009
Sonderposten für Investitionszuschüsse und -zulagen	7.387	5.638
Rückstellungen	85.276	66.546
Verbindlichkeiten	304.775	304.579
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	178.352	183.232
Sonstige betriebliche Erträge	7.438	8.212
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	79.214	79.217
Abschreibungen	37.406	36.766
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 14.635	113
Jahresergebnis	- 41.834	13.590
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1.535	1.499
Auszubildende	86	73
Luftfracht (in kg)	36.717.863	37.639.029

2. Jahresabschlüsse der Gesellschaft Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	611.360	673.715
Anlagevermögen	507.105	570.859
Umlaufvermögen	103.965	102.387
Eigenkapital	202.547	268.037
Rückstellungen	30.513	29.197
Verbindlichkeiten	370.986	370.810
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	30.172	36.203
Sonstige betriebliche Erträge	14.617	21.256
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	35.448	36.611
Abschreibungen	17.306	16.186
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 46.386	14.001
Jahresergebnis	- 41.927	13.711
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	626	655

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

1. Verkehrsentwicklung

Die positive Entwicklung im gesamten Berlin-Flugverkehrsaufkommen in den Jahren 2003 und 2004 geht vor allem auf das Erstarken des Low-Cost-Marktsegments zurück, das inzwischen über alle Standorte einen Anteil von 33,6 v. H. erreicht hat. Bei den

Passagieren, die Low-Cost nutzen, hat Berlin 2004 vor Köln den Spitzenplatz eingenommen. Von Berlin flogen 2004 insgesamt 4,97 Millionen Passagiere mit Low Cost Carriern (LCC). Das Passagiervolumen auf allen Flughäfen stieg um 11,8 v. H. auf 14,9 Mio. (Vorjahr 13,3 Mio.).

Unterschiedliche Entwicklungen im Verkehrsaufkommen kennzeichnen nach wie vor die einzelnen Berliner Flughäfen. Die ausgeglichene Entwicklung auf dem Flughafen Tegel ist das Ergebnis erheblicher Zuwächse im Low-Cost-Bereich sowohl auf Inlands- als auch auf Auslandsstrecken und der durch die Verlagerung der Germanwings-Flüge nach Schönefeld bedingten Reduzierung. Der Anteil der LCC-Passagiere in Tegel ist mit 2,93 Mio. bedeutend und entspricht einem Anteil von 26,6 v. H.. Das Verkehrsaufkommen in Tegel ergab bei 11,05 Mio. Passagieren gegenüber dem Vorjahreswert ein leichtes Minus von 0,5 v. H.. In Tempelhof lag das Verkehrsaufkommen bei 441.500 Passagieren um 2.1 v.H. unter dem Vorjahreswert.

2004 setzte sich die bereits im Vorjahr begonnene positive Entwicklung am Flughafen Schönefeld mit erheblichen Steigerungsraten fort. Mit einem Passagieraufkommen von 3,38 Mio. konnte Schönefeld sein Passagieraufkommen in einem Jahr nahezu verdoppeln. Die positive Entwicklung im Verkehrsaufkommen ist fast ausschließlich durch die hohen Zuwachsraten im Low-Cost-Bereich geprägt. Mit 1,94 Mio. Passagieren haben die Low-Cost-Carrier 2004 einen Anteil von 57,4 v. H. erreicht. Im Vergleich zu den Deutschen Verkehrsflughäfen (Zuwachs 7,9 v. H.) schneiden die Berliner Flughäfen mit einem Zuwachs im Passagieraufkommen von 1,6 Mio. bzw. 11,8 v. H. gut ab, insbesondere durch die erfolgreiche Marktentwicklung in Schönefeld. Damit war Schönefeld in 2004 der deutsche Verkehrsflughafen mit den höchsten Wachstumsraten (+ 93,2 v. H.).

Verkehrsaufkommen	2003	2004
--------------------------	-------------	-------------

wirtschaftlich relevante Flugzeugbewegungen

Flughafen Tegel	133.887	131.118
Flughafen Tempelhof	22.522	20.020
Flughafen Schönefeld	19.170	33.913
Gesamt	175.579	185.051

Fluggäste (in Tausend)

Flughafen Tegel	11.104	11.048
Flughafen Tempelhof	451	442
Flughafen Schönefeld	1.751	3.382
Gesamt	13.306	14.872

2. Berlin Brandenburg International (BBI)

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 wurde der beabsichtigte Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen BBI genehmigt. Die Umsiedlung des Dorfes Diepensee – eine unabdingbare Voraussetzung des Schönefeld-Ausbau – fand 2004 ihren offiziellen Abschluss.

Vor dem Hintergrund des gegen den Planfeststellungsbeschluss gerichteten Klageverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde im April 2005 ein Baustopp angeordnet. Zulässig sind aber weiterhin bestimmte bauvorbereitende Maßnahmen. Eine endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses hat das Bundesverwaltungsgericht für die erste Jahreshälfte 2006 in Aussicht gestellt. Unmittelbar nach einer gerichtlichen Entscheidung zu Gunsten des Flughafens BBI soll mit den Bauarbeiten begonnen werden.

3. Schließung Tempelhof

Die ursprünglich für Oktober 2004 vorgesehene Schließung des Flughafens Tempelhof wurde aufgrund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom 24.09.2004 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Beteiligungen

Die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH (BFG)

Sitz des Unternehmens: Berlin, Flughafen Tegel

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Ausbau der Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof für Zwecke des Luftverkehrs sowie die damit zusammenhängenden Nebengeschäfte.

<u>Stammkapital</u>	Mio. €	v. H.
Insgesamt	38,347	100,00
<u>davon:</u>		
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	38,347	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	Mio. €	Mio. €
Anlagevermögen	101,8	89,9
Eigenkapital	142,8	142,8
Bilanzsumme	212,6	196,3
Umsatzerlöse	148,4	147,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	43,8	42,6
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung und Auszubildende)	995	917

2. Training und Ausbildung Cooperation Berlin Brandenburg GmbH (TRAINICO)

Sitz des Unternehmens: Berlin

Gegenstand des Unternehmens: Organisation und Durchführung von Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung in den Bereichen Dienstleistung und Technik, insbesondere auf dem Gebiet des Luftverkehrs sowie die Durchführung gezielter sonstiger Qualifizierungsmaßnahmen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	72,0	100,00
<u>davon:</u>		
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	18,3	25,42
Lufthansa Technical Training GmbH, Hamburg	53,7	74,58

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	TE	TE
Anlagevermögen	628,5	684,1
Eigenkapital	314,2	409,6
Bilanzsumme	5.738,3	6.591,9
Umsatzerlöse	4.329,6	5.254,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.654,0	2.210,9
Jahresergebnis	427,3	582,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung)	44	57
Auszubildende	27	29

Geschäftsführung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Dieter Johannsen-Roth

Dr. Manfred
Bobke-von Camen

Thomas Weyer

Aufsichtsrat

Vorsitzender Wowereit, Klaus Regierender Bürgermeister von Berlin

Stv.
Vorsitzender Ruhnke, Werner ver.di-Bezirksverwaltung Brandenburg,
Potsdam

Böger, Klaus Senator für Bildung, Jugend und Sport,
Berlin

Braune, Tilo Staatssekretär im Bundesministerium für
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen,
Berlin

Büchner, Hans-Joachim Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH,
Berlin

Egger, Gottfried	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Gröger, Jens	ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin
Hammermeister, Franziska	Berliner Flughafengesellschaft mbH, Flug- hafen Tegel, Berlin
Junghanns, Ulrich	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Korehnke, Ines-Beate	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Leber, Berthold	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Platzeck, Matthias	Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Potsdam
Rehfeldt, Lutz	GlobeGround Berlin GmbH, Berlin
Rößler, Holger	ver.di e. V., Berlin
Schönweitz, Helga	GlobeGround Berlin GmbH, Berlin
Schubert, Walter	Vorsitzender des Vorstandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, Potsdam
Speer, Rainer	Minister der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
Strauch, Volkmar	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin
Wehn, Rudolf	Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH, Flughafen Tegel, Berlin
Zehden, Michael	Albeck & Zehden Hotels, Berlin

2.4.2. ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH
Steinstraße 104 - 106
14480 Potsdam
Tel.: 0331/660-3000
Fax: 0331/660-3840
<http://www.zab-brandenburg.de>

ZAB
ZukunftsAgentur
Brandenburg

Gründung durch Verschmelzung: 01.01.2001

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft bietet als Partner des Kooperationsverbundes ZukunftsAgentur Brandenburg ein integriertes Angebot an Dienstleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung und –beratung, Technologieförderung und –beratung sowie Energie- und Energiesparberatung im Land Brandenburg an. Die Gesellschaft nimmt ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den Leitlinien der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg wahr.

Aufgabe der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes Brandenburg insbesondere durch

- *die Anwerbung und Betreuung im Land Brandenburg anzusiedelnder Unternehmen,*
- *die Unterstützung der im Land Brandenburg ansässigen Unternehmen bei ihrer Unternehmensentwicklung,*
- *die Unterstützung der Gründung von Unternehmen,*
- *die Unterstützung brandenburgischer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland,*
- *die Förderung von Technologietransfer auch als beliehenes Unternehmen und Innovation im Land Brandenburg,*
- *die Mitwirkung bei Ausarbeitung und Umsetzung regionaler Innovationsprojekte,*
- *die Beratung und Unterstützung des Landes Brandenburg im Bereich Technologie und Innovation,*
- *die Beratung von Wärme- und Stromerzeugern sowie Wärme- und Stromverbrauchern,*
- *Mitwirkung bei der Umsetzung des Energiekonzeptes im Land Brandenburg.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das wichtige Landesinteresse liegt darin, dass die ZAB mit ihrer flächendeckenden Präsenz vor Ort in sechs ServiceCentern die zentrale Anlaufstelle im Land für Wirtschaftsförderung, Technologie- und Innovations- und Energieberatung im Land Brandenburg ist. Die ZAB ist ferner für das Standortmarketing in Brandenburg zuständig. Messeauftritte und Veranstaltungen werden gemeinsam mit Berlin koordiniert, um sich als eine Region zu präsentieren.

Die Gesellschaft bündelt die Aktivitäten der früheren Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFB), der T.IN.A Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH und der Brandenburgischen Energiespar-Agentur GmbH (BEA). Daraus ergibt sich das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung; die ZAB ist eine der Schlüsselbeteiligungen des Landes.

Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Bei den Schlüsselaufgaben, die die Gesellschaft insbesondere in den Bereichen Ansiedlungs-, Wirtschafts- und Technologieförderung für das Land wahrnimmt, ist es aus Landessicht notwendig, neben der Funktion als Zuwendungsgeber auch auf der Anteilseignerebene steuernd Einfluss auf die Einrichtung nehmen zu können.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	223,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	167,1	74,93
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)	22,0	9,87
Industrie- und Handelskammer Cottbus	5,65	2,53
Industrie- und Handelskammer Potsdam	5,65	2,53
Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder)	5,65	2,53
Handwerkskammer Cottbus	5,65	2,53
Handwerkskammer Potsdam	5,65	2,53
Handwerkskammer Frankfurt (Oder)	5,65	2,53

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	1.731,1	1.863,1
Anlagevermögen	405,9	312,3
Umlaufvermögen	1.264,5	1.503,7
Eigenkapital	223,0	287,3
Rückstellungen	576,9	683,8
Verbindlichkeiten	525,3	579,8
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Erträge aus Zuwendungen	7.100,0	6.770,6
davon: Institutionelle Förderung	5.486,0	5.300,0
Projektförderung	1.614,0	1.470,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	5.911,0	5.714,7
Abschreibungen	169,9	122,2
Betriebsergebnis	97,3	49,9
Finanzergebnis	- 96,8	14,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 44,5	64,0
Jahresergebnis	0,0	64,3
<hr/>		
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	109	106
Auszubildende	3	3

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Das Jahr 2004 war für die ZAB das erste Jahr in neuer organisatorischer Struktur. Die Organisation nach Schwerpunktbranchen und die Ausrichtung der Aktivitäten auf die Kernkompetenzen hat sich bewährt.

Als Ergebnis der im Berichtszeitraum durch die ZAB durchgeführten rund 1.280 Beratungen von Investoren, ansässigen Unternehmen und Existenzgründern wurden im Zuge von Direkt- und Erweiterungsinvestitionen, der Entwicklung eines innovativen Mit-

telstandes sowie durch technologieorientierte Existenzgründungen die Schaffung von insgesamt 3.505 Arbeitsplätzen verbindlich zugesagt (2003: 2.975).

Im Rahmen der Brandenburger Technologieförderung wurden 262 Projekte bearbeitet (2003: 264). Schwerpunkte der Technologieförderung waren in 2004 die Bereiche Biotechnologie, Medizintechnik, Medien-, I+K-Technologien sowie optische Technologien. Mit einem Investitionsvolumen von rd. 41,5 Mio. € werden 285 neue Arbeitsplätze in diesen Bereichen entstehen und die zukunftsorientierte Strukturentwicklung des Landes vorangebracht.

Auf Anregung der Brandenburger Unternehmerschaft konzipierte und startete die ZAB zur noch besseren Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg die Standortmarketingkampagne "Marke Brandenburg", an der sich eine Vielzahl Brandenburger Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen

Die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Gesellschaft für Innovationsförderung und Technologietransfer mbH an der BTU Cottbus (UNITEC)

Sitz des Unternehmens: Cottbus

Gegenstand des Unternehmens: Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch Vermittlung und Weitergabe der in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) erforschten Technologieerkenntnisse.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	32,2	100,00
<u>davon:</u>		
ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	1,5	4,76
BTU Cottbus	21,0	65,08
ABB GmbH, Cottbus	2,0	6,35
Industrie- und Handelskammer Cottbus	1,5	4,76
UESA GmbH	1,5	4,76
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)	1,5	4,76

Die Gesellschaft hält vorübergehend selbst Anteile in Höhe von 9,52 v. H. von zwei in 2000 und 2001 ausgeschiedenen Gesellschaftern.

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	5,6	2,1
Eigenkapital	87,3	103,5
Bilanzsumme	890,2	685,7
Umsatzerlöse	1.003,7	644,0
Sonstig betriebliche Erträge	152,3	284,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	115,6	193,5
Jahresergebnis	16,7	16,2

2. UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung und Durchführung von Wissenschaft, Forschung, Weiterbildung, Bildung und Lehre.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25,6	100,00
<u>davon:</u>		
ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	1,5	6,00
Universität Potsdam	19,6	76,00
Industrie- und Handelskammer Potsdam	1,5	6,00
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)	1,5	6,00
Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Teltow-Fläming	1,5	6,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	38,5	34,1
Eigenkapital	225,6	218,7
Bilanzsumme	279,1	279,0
Umsatzerlöse	380,9	376,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	533,7	586,5
Jahresergebnis	3,1	- 6,9

3. BC Brandenburg Capital GmbH

Sitz der Gesellschaft: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Beteiligung an anderen Unternehmen, insbesondere an der BC Venture GmbH, der KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH und der Seed Capital Brandenburg GmbH und die Ausübung aller sonstigen Funktionen einer geschäftsleitenden Gesellschaft sowie die Einbringung von Dienst- bzw. Werksleistungen für Beteiligungsgesellschaften und ähnliche Unternehmen sowie für Auftragsteller aller Art.

Die Anteile der ZAB an der BC Brandenburg Capital GmbH werden treuhänderisch von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg verwaltet. Der Treuhandvertrag vom 22.12.2000 kann frühestens zum 31.12.2010 gekündigt werden.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	8.884,1	100,00
<u>davon:</u>		
ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	383,8	4,32
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	7.611,9	85,68
tbg Technologie-Beteiligungs- Gesellschaft mbH, Bonn	888,4	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	5.011,3	5.525,0
Eigenkapital	5.198,4	5.592,6
Bilanzsumme	5.992,5	6.078,0
Umsatzerlöse	2.283,8	1.691,4
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.442,6	1.168,0
Jahresergebnis	88,6	- 6.316,3

Geschäftsführung der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH

Dr. Detlef Stronk

Prof. Dr. Klaus-Peter
Schulze

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Junghanns, Ulrich	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Fey, Ulrich	Präsident der Industrie- und Handels- kammer Cottbus, Cottbus
	Prof. Dr. Albach, Horst	Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz
	Dr. Kleiner, Hartmann	Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e.V.
	Dr. König, Wolfgang	Hauptgeschäftsführer der Handwerks- kammer Potsdam
	Licht, Klaus-Dieter	Vorstandsvorsitzender der Investitions- Bank des Landes Brandenburg, Potsdam
	Meißner, Eva-Marie	Vorsitzende des Landesverbandes deutscher Unternehmerinnen Branden- burg, Potsdam

Dr. Niemann, Klaus

Sprecher der Geschäftsführung der
PCK Raffinerie GmbH, Schwedt/O.

Strauch, Volkmar

Staatssekretär in der Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin

**2.4.3. Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Aktiengesellschaft/
Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania
Gospodarki Spółka Akcyjna
ul. Kobyłogórska 68
PL-66-400 Gorzów Wlkp.
Tel.: 00 48 95/720 83 40
Fax: 00 48 95/720 83 41
<http://www.twg.pl> oder www.infoniemcy.pl
E-Mail: twg@twg.pl**

Gründungsdatum: 17.03.1994

Veräußerung der Landesbeteiligung: 16.06.2005

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Entwicklung der polnisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere in der grenznahen Region der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland durch die Förderung von Investitions- und Kooperationsinitiativen und Wirtschaftsvorhaben sowie die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Veräußerung der Beteiligung

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung ist – infolge des zum 01.05.2004 erfolgten Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Union – weggefallen. Die deutsche Seite – der Bund und die deutschen Aktionärsländer – haben daher zum Jahresende 2004 die institutionelle Förderung der TWG eingestellt.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 26.04.2005 haben die deutschen Aktionärsländer ihre Anteile an der TWG an das deutsche Vorstandsmitglied der Gesellschaft veräußert. Die Veräußerung ist am 16.06.2005 wirksam geworden.

Auch die Anteile des polnischen Staates an der TWG sind nach Auskunft des deutschen Vorstandsmitgliedes im September 2005 an leitende polnische Mitarbeiter der Gesellschaft veräußert und übertragen worden.

Grundkapital	PLN	v. H.
Insgesamt	1.600.000,-	100,0
<u>davon:</u>		
a) Aktionäre auf deutscher Seite		50,0
Land Brandenburg	395.000,-	24,7
Land Berlin	395.000,-	24,7
Land Mecklenburg-Vorpommern	5.000,-	0,3
Freistaat Sachsen	5.000,-	0,3
b) Aktionäre auf polnischer Seite		50,0
Minister des Staatsschatzes	800.000,-	50,0

Kennzahlen	2003	2004
	(in PLN)	(in PLN)
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	4.304.465,29	4.447.011,71
Anlagevermögen	1.032.531,91	828.413,21
Umlaufvermögen	3.271.933,38	3.618.598,50
Eigenkapital	2.217.239,94	2.170.079,58
Rückstellungen	86.227,30	1.699.508,62
Verbindlichkeiten	534.294,41	539.656,23
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	958.067,43	944.539,24
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.533.166,69	3.586.860,33
Betriebsergebnis	- 116.631,04	37.365,59
Jahresergebnis	0,00	0,00
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	29	27

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Schwerpunkte der Tätigkeit der TWG waren auch im Jahr 2004 die konkrete projektbezogene Beratung, vor allem das Vermitteln von Wirtschaftskontakten zwischen deutschen und polnischen Unternehmen und die Initiierung, Förderung und Begleitung von Kooperations- und Ansiedlungsvorhaben beiderseits der Grenze. Neben diesen satzungsgemäßen Aufgaben war das Management der Gesellschaft mit dem beabsichtigten Privatisierungsprozess befasst.

Im Jahr 2004 wandten sich 786 Unternehmen und Institutionen an die TWG mit der Bitte um Beratung, Hilfe und Unterstützung. Investitionsanfragen betrafen 2004 fast immer Standorte in Polen. 17 Joint Ventures Gründungen hat die TWG im Jahr 2004 begleitet.

Im Jahre 2005 wird die Gesellschaft einem Umstrukturierungsprozess unterzogen, nicht nur wegen dem Erlöschen der bisherigen Hauptfinanzierungsquelle, sondern auch wegen der Änderung der Eigentumsrechte an den Aktien der Gesellschaft.

Beteiligungen

Die TWG hält keine Beteiligungen.

Vorstand

Dr. Jacek Robak

Dr. Reinhard Klein

Aufsichtsrat

Die Amtszeit des letzten von den Gründungsaktionären besetzten Aufsichtsrates hat mit der ordentlichen Hauptversammlung 2005 der TWG geendet.

Über die nach der Privatisierung erfolgte Neubesetzung des Aufsichtsrates liegen hier keine Informationen vor.

2.4.4. **BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn -
 Bonn International Center for Conversion GmbH**
An der Elisabethkirche 25
53113 Bonn
Tel.: 0228/911 96-0
Fax: 0228/24 12 15
http://www.bicc.de
E-Mail: bicc@bicc.de



Gründungsdatum: 13.09.1994

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von Forschung und Wissenschaft mit den durch die Umstellung militärischer auf zivile Aktivitäten und Strukturen entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung. Konversion soll als operativer Teil der Abrüstung und der praktischen Umsetzung von Demilitarisierung den notwendigen Transformationsprozess beschleunigen, die Umstellungszeit verkürzen und die entstehenden Kosten mindern.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Durch die Beteiligung an der Gesellschaft ist dem Land der Zugang zu dem wertvollen, durch die internationale Tätigkeit der BICC begründeten Wissen im Bereich Konversion eröffnet. Die Gesellschaft leistet unterstützende Dienste dabei, internationale Kontakte für die im Land Brandenburg entstandene Konversionsbranche zu knüpfen, die Markteintrittschancen für brandenburgische Unternehmen dieser Branche insbesondere in Ostmitteleuropa – und hier vor allem in den neuen EU-Beitrittsländern – begründen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Gesellschafterstellung verschafft dem Land den vollen unentgeltlichen Zugang zu den Arbeitsergebnissen der BICC; dabei ist das Land von Beiträgen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft freigestellt.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25,6	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	3,8	15,00
Land Nordrhein-Westfalen	14,1	55,00
NRW.Bank, Düsseldorf	3,8	15,00
LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH	3,8	15,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	2.352,5	1.757,1
Anlagevermögen	50,6	34,2
Umlaufvermögen	2.296,4	1.717,4
Eigenkapital	215,9	183,2
Rückstellungen	124,0	108,5
Verbindlichkeiten	1.961,3	1.430,8
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	3.108,2	2.660,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.580,3	1.690,4
Abschreibungen	60,0	37,4
Betriebsergebnis	- 10	- 43
Finanzergebnis	9,7	5,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit / Jahresergebnis	3,3	- 32,7
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	39	40
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Als internationaler „Think Tank“ auf dem Gebiet der Konversion erarbeitet die BICC Forschungsberichte und Hintergrundanalysen und leistet Politikberatung, u. a. zum Vergleich von Verteidigungsbudgets, zur internationalen Situation überschüssiger Waffen sowie zur Konversion im Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung. Mit ihrer Arbeit versteht sich die BICC als Informationsvermittler für Personen und Organisationen, Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebe, Kommunen, Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen, die in den unterschiedlichen Feldern der Konversion wissenschaftlich und praktisch tätig sind.

Im Jahr 2004 wurde das mittelfristige Arbeitsprogramm 2004-2008 der BICC von den Gremien verabschiedet, wonach sich die Forschungs- und Beratungsaktivitäten in drei Bereiche aufteilen:

- Waffen und Ressourcen (Kleinwaffen, Industriekonversion, Liegenschaftskonversion),
- Friedenskonsolidierung (Disarmament, Demobilisation und Reintegration Security Sector Reform – Schwerpunkt Balkan, Afrika, Kindersoldaten, Flüchtlinge),
- Konflikte (1. Bereich: Business und Konflikte, 2. Bereich: Kooperation und Konflikte im Zusammenhang mit Wasser).

Die Expertise der BICC im Liegenschaftsbereich wurde in 2004 aufgrund der Bundeswehrstrukturreform stark nachgefragt. 2004 hat das BICC an 42 Projekten gearbeitet. Bei der Projektvergabe zeichnet sich generell ein Trend ab, dass Auftraggeber von der Vergabe von größeren Projekten zu kleineren Beratungsaufträgen übergehen.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Peter Croll

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Dr. Stückradt, Michael	Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
--------------	------------------------	--

Stv. Vorsitzender	Goßner, Theo	NRW.Bank, Düsseldorf
-------------------	--------------	----------------------

Deitmer, Michael	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Hatzfeld, Ulrich	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Meiers, Franz	Geschäftsführer Stadtentwicklung Service GmbH & Co. KG, Düsseldorf
Rubin, Helmut	Finanzministerium des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
Vogt, Roland	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

**2.4.5. IIC The New German Länder
Industrial Investment Council GmbH**
Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Tel.: 030/200 099-0
Fax: 030/200 099-111
<http://www.iic.de>
E-Mail: info@iic.de



INDUSTRIAL INVESTMENT COUNCIL

Gründungsdatum: 12.12.1996

Gegenstand des Unternehmens

Investorenwerbung zur Förderung der Wirtschaft für den Standort "Neue Bundesländer" einschließlich Berlins durch gezielte Akquisition ausländischer, insbesondere größerer Unternehmen, um die industrielle Entwicklung in dieser Region durch konkrete Ansiedlungserfolge zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die IIC soll durch internationale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg – als Teil des Standorts Ostdeutschland – unter gezielter Ansprache von Großunternehmen Ansiedlungserfolge erreichen und damit zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen beitragen. Eine besondere Chance dafür liegt – vor dem Hintergrund des verschärften innereuropäischen Wettbewerbs um Ansiedlungen – in der Bündelung der Kräfte des Bundes und der neuen Länder in der gemeinsamen Gesellschaft. Die Gesellschafter haben im Jahr 2004 einvernehmlich die Dauer der Gesellschaft bis zum Jahresende 2008 verlängert und damit den Fortbestand des gemeinsamen wichtigen Interesses an der Gesellschaft dokumentiert.

Der Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die Teilhabe an den Leistungen der Gesellschaft setzt den Gesellschafterstatus voraus. Das Zusammenwirken und die Kräftebündelung auf Gesellschafterseite sichern der Gesellschaft in ihrem Tätigkeitsfeld einen deutlich höheren Wirkungsgrad – und eine stärkere Wahrnehmung im internationalen Raum – als Aktivitäten einzelner Gesellschafter. Im Zuge einer Aufstockung des Finanzierungsanteils des Bundes an der IIC auf 49,9 v. H. hat sich der Beitrag des Landes ab dem Jahr 2005 verringert.

<u>Stammkapital</u>		
	T€	v. H.
Insgesamt	511,3	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	153,4	30,00
Land Brandenburg	57,6	11,27
Land Berlin	29,0	5,68
Land Mecklenburg-Vorpommern	42,9	8,39
Freistaat Sachsen	106,0	20,74
Land Sachsen-Anhalt	64,0	12,51
Freistaat Thüringen	58,3	11,41

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	1.173,7	1.282,2
Anlagevermögen	88,8	164,9
Umlaufvermögen	1.035,3	1.088,2
Eigenkapital	559,1	646,1
Rückstellungen	513,0	466,9
Verbindlichkeiten	101,6	169,2
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Sonstige betriebliche Erträge	101,7	171,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.624,9	2.581,9
Materialaufwand	190,9	256,2
Abschreibungen	95,7	93,7
Betriebsergebnis	- 4.683,0	- 4.766,0
Zinsergebnis	28,3	32,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 4.604,0	- 4.644,5
Jahresergebnis	- 4.604,0	- 4.644,5
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	31	33
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft übernimmt Marketing-Aktivitäten, sie erarbeitet Marktanalysen und führt Branchenpräsentationen durch.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen kann die Jahresbilanz 2004 mit der Ansiedlung von 6 Unternehmen durch das IIC in den ostdeutschen Bundesländern und der Schaffung von knapp 1200 (2003: 550) direkten Arbeitsplätzen und einem Investitionsvolumen von insgesamt 130 Mio. € (2003: 67) als Erfolg gewertet werden, nicht zuletzt da dies eine Verdoppelung des Vorjahresergebnisses bedeutet. Damit ist nach 4 Unternehmensansiedlungen im Geschäftsjahr 2003 ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen, der auch durch die Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2005 gestützt wird.

Die Gesellschaft unterstützt den von der Bundesregierung und fast allen ostdeutschen Bundesländern getragenen Ansatz der bundesländerübergreifenden Clusterentwicklung. Die Bündelung und Priorisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten verschafft den ostdeutschen Bundesländern eine ausreichende Präsenz im globalen Wettbewerb.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Horst Dietz

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Prof. Dr. Werner, Dietmar	ehemaliges Mitglied des Vorstands der BASF AG, Ludwigshafen
Stv. Vorsitzender	Sülzer, Werner	Vice President & Exec. Managing Director NCR Corporation, Lindlar
	Claussen, Peter	Werksleiter BMW AG Leipzig
	Dr. Ebnet, Otto	Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
	Forster, Carl-Peter	Präsident GM Europe, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Adam Opel AG, Rüsselsheim
	Junghanns, Ulrich	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

Jurk, Thomas	Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen, Dresden
Dr. Rehberger, Horst	Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Reinholz, Jürgen	Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Freistaates Thüringen, Erfurt
Dr. von Rohr, Christoph	ehemaliger Geschäftsführer IIC-GmbH, Berlin
Prof. Schulmeyer, Gerhard	Greenwich, CT, USA, MIT Massachusetts Institute of Technology Boston, ehemaliger CEO, Siemens Corporation, New York
Dr. Stolpe, Manfred	Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
Wolf, Harald	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin, Berlin

**2.4.6. TMB Tourismus-Marketing
Brandenburg GmbH
Am Neuen Markt 1 - Kabinetthaus
14467 Potsdam
Tel.: 0331/298 73-0
Fax: 0331/298 73-73
<http://www.reiseland-brandenburg.de>
E-Mail: tmb@reiseland-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 25.02.1998

Gegenstand des Unternehmens

Die umfassende Entwicklung und Vermarktung der touristischen Angebote im Land Brandenburg insbesondere:

1. *Marktforschung und –analyse,*
2. *Entwicklung von Marketingstrategien,*
3. *Zielgruppendefinition und –ansprache,*
4. *Produktentwicklung und –vertrieb,*
5. *Binnenmarketing,*
6. *Marktentwicklung und –sicherung, Lizenzvergaben,*
7. *Informations- und Reservierungsservice,*
8. *Grenzüberschreitende Tourismus-Marketing-Kooperation,*
9. *Tourismusdienstleistungen für Dritte.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Angesichts der wesentlichen Bedeutung der Förderung des Tourismus für den Wirtschaftsstandort Brandenburg ist es für das Land von besonderem Interesse, die im Tourismus tätigen Unternehmen, Verbände und Kommunen darin zu unterstützen, ein leistungsstarkes Marketing auf den Weg zu bringen. Aufgabe der TMB ist die umfassende Analyse, Entwicklung und Vermarktung der touristischen Angebote im Land Brandenburg. Die Gesellschaft arbeitet mit den nationalen Spitzenverbänden des Tourismus, den regionalen Anbietern touristischer Leistungen sowie den Tourismus-Marketing-Organisationen anderer Bundesländer, insbesondere Berlins, zusammen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Um weiterhin einen angemessenen Einfluss auf die Umsetzung tourismuspolitischer Zielsetzungen zu haben, ist die Mitwirkung des Landes als Gesellschafter in der TMB derzeit noch erforderlich. Jedoch wird eine schrittweise Reduzierung der Landesbeteiligung nach Wegfall dieses Erfordernisses angestrebt.

Stammkapital	T€	v. H.
Insgesamt	102,4	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	38,9	38,00
Landestourismusverband Brandenburg e. V.	26,6	26,00
Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH & Co. KG	16,4	16,00
Vereinigung der Brandenburgischen Tourismuswirtschaft e. V.	5,1	5,00
Berlin Tourismus Marketing GmbH	5,1	5,00
Vereinigung der Brandenburgischen Verbände und Körperschaften zur Förderung der Brandenburger Tourismuswirtschaft GbR	10,3	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	598,3	699,6
Anlagevermögen	60,0	50,6
Umlaufvermögen	534,4	646,5
Eigenkapital	133,2	175,0
Rückstellungen	106,8	190,6
Verbindlichkeiten	324,2	309,2
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	1.493,9	2.377,1
Erhaltene Zuwendungen des Landes Brandenburg	2.000,0	2.000,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	818,4	1.108,0
Abschreibungen	16,7	13,5
Betriebsergebnis	36,0	38,0
Zinserträge	3,4	3,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50,0	71,7
Jahresergebnis	28,7	41,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	29	29
Auszubildende	1	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft ist als Landesmarketingorganisation im Deutschlandtourismus tätig. Die vielfältigen touristischen Dienstleistungen werden von Endverbrauchern, touristischen Leistungsträgern im Land Brandenburg und von der Reiseindustrie in Anspruch genommen.

Die TMB ist Betreiber des landesweiten Informations- und Reservierungssystems ReiseLand Brandenburg, bei dem Reisegebiete und touristisch interessante Orte als Vermarkter und Vermittler in einem touristischen Kooperations- und Vertriebsnetzwerk verbunden sind. Ziel des Buchungsverbundes ist es, die Buchbarkeit auf örtlicher, regionaler und Landesebene sowie deutschlandweit und international auf Reisebüro- und Internet-Ebene zu ermöglichen.

Zusätzlich zum Landesmarketing hat die TMB seit März 2004 als Dienstleister der Landeshauptstadt Potsdam unter dem Geschäftsbereich Potsdam Tourismus Service den Tourismus-Service und das Tourismus-Marketing für die Landeshauptstadt übernommen.

Beteiligungen

Die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH hält folgende Beteiligung:

Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM)

Sitz des Unternehmens: Berlin

Gegenstand des Unternehmens: Förderung von Tourismus, des Geschäftsreiseverkehrs, Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongressen sowie die Information der Touristen in der Region Berlin.

Stammkapital	T€	v. H.
Insgesamt	512,0	100,00
<u>davon:</u>		
TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	25,6	5,00
BTM Partnerhotels e.V.	204,8	40,00
Land Berlin	76,8	15,00
InvestitionsBank Berlin	128,0	25,00
Karstadt Warenhaus AG	51,2	10,00
Messe Berlin GmbH	25,6	5,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	TE	TE
Anlagevermögen	958,0	896,8
Eigenkapital	458,4	466,9
Bilanzsumme	2.664,4	2.830,5
Umsatzerlöse	6.457,1	7.436,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.547,7	3.754,6
Jahresergebnis	- 54,3	8,5
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung)	122	121

nachrichtlich:

Die DIRG - Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft mbH i. L. befindet sich seit dem 01.07.2000 in Liquidation. Im Geschäftsjahr 2004 wurde die Liquidation der Gesellschaft beendet.

Geschäftsführung der TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH

Dieter Hütte

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Junghanns, Ulrich	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Fritsch, Gunter	Vorsitzender des Landestourismusverbandes Brandenburg e. V., Potsdam
	Badstübner, Thomas	Vereinigung der Brandenburgischen Verbände und Körperschaften zur Förderung der Brandenburgischen Tourismuswirtschaft GbR, Potsdam
	Dr. Fehse, Eckard	Landestourismusverband Brandenburg e.V., Potsdam

Jensch, Enrico	Vereinigung der Brandenburgischen Tourismuswirtschaft e. V., Potsdam
Hünemörder, Paul	Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH & Co. KG
Otremba, Dietmar	Berlin Tourismus Marketing GmbH, Berlin
Schmidt, Uwe	Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH & Co. KG
Schulze, Dietmar	Staatssekretär im Ministerium für Länd- liche Entwicklung, Umwelt und Verbrau- cherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam

2.5.1. Märkische Entsorgungsanlagen-
Betriebsgesellschaft mbH
Tschudistraße 3
14476 Potsdam, OT Neu Fahrland
Tel.: 033208/60-0
Fax: 033208/60-235
<http://www.meab.de>
E-Mail: meab@meab.de



Gründungsdatum: 01.07.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 30.06.1993

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft sind

- a) *Deponierung, Lagerung, Aufbereitung und Umwandlung von Abfällen jeglicher Art einschließlich Vermarktung der Materialien;*
- b) *Planung, Errichtung und Betrieb von Behandlungs- und Entsorgungsanlagen jeglicher Art einschließlich erforderlicher Sicherungs-, Sanierungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen;*
- c) *Erbringung von Bau-, Projektierungs- und Überwachungsleistungen auch gegenüber Dritten;*
- d) *Erbringung von Laborleistungen auf dem Gebiet der Umweltanalytik und deren Bewertung auch gegenüber Dritten;*
- e) *Vermittlung der Verbringung von Abfällen jeglicher Art;*
- f) *Sammeln und Transport von Abfällen jeglicher Art;*
- g) *Beratungs- und Schulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit vorgenannten Leistungen.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Länder Berlin und Brandenburg haben im Jahr 1993 Beteiligungen in Höhe von jeweils 50 v. H. an der MEAB von der Treuhandanstalt erworben, um die abfallwirtschaftliche Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Grundlage zu festigen und zu vertiefen. Dies war im Hinblick auf die hohen Altlastenrisiken und den erheblichen Finanzbedarf für die Sicherung, Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der im Land Brandenburg gelegenen Deponien sowie im Interesse der Entsorgungssicherheit geboten.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Beteiligung des Landes ist erforderlich, um die ordnungsgemäße Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe der Deponiesanierung – und den bestimmungsgemäßen Einsatz der dafür angesammelten Finanzmittel – sicherzustellen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25.564,6	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	12.782,3	50,00
Land Berlin	12.782,3	50,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	509.633,9	543.292,9
Anlagevermögen	39.712,8	74.664,7
Umlaufvermögen	469.753,3	468.405,7
Eigenkapital	111.997,4	116.398,3
Rückstellungen	393.589,4	400.996,6
Verbindlichkeiten	4.046,7	25.898,1
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	34.820,2	31.095,0
Sonstige betriebliche Erträge	3.598,0	3.897,3
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	9.934,1	10.153,6
Abschreibungen	3.219,1	3.595,5
Betriebsergebnis	2.655,0	- 13.439,0
Beteiligungs- und Finanzergebnis	32.030,0	18.778,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37.536,2	5.085,3
Jahresergebnis	3.961,4	4.400,8
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	235	234
Auszubildende	16	16

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Maßnahmen für die Sicherung / Sanierung der Deponien und für die zukünftigen Geschäftstätigkeiten ab 2005 notwendigen Investitionsvorhaben wurden weiter fortgeführt. Damit konnte das Unternehmen sich auch im Geschäftsjahr 2004 weiterhin als kompetenter und wettbewerbsfähiger Dienstleister im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg / Berlin positionieren. Insbesondere waren dabei die Festlegungen aus der Abfallablagerversordnung, der Deponieverordnung und der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) zu befolgen.

Abfalldeponien, die nicht dem Stand der Technik entsprechen, werden zum 31.12.2005 geschlossen. Deshalb sind alle Deponiebetreiber bestrebt, bis zu diesem Zeitpunkt einen möglichst hohen Verfüllungsgrad der Deponien zu erzielen. Dieser Umstand wirkt sich für die Akquisitionstätigkeit der MEAB mbH bis 2005 und darüber hinaus erschwerend aus. Das trifft auch für die bestehende Überlassungspflicht an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu, die diese Mengen zur Verfüllung ihrer eigenen Deponien bis teilweise 2009 einsetzen werden.

Das Unternehmen beteiligt sich mit leistungsfähigen, zielgerichteten und attraktiven Angeboten an den Ausschreibungen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger aus Brandenburg und Berlin. Dabei wurden Synergien im Unternehmen, die sich aus der Abfallbehandlung, -verwertung, -beseitigung und der Durchführung von Leistungen für die Sicherung und Sanierung ergeben, berücksichtigt.

Die MEAB mbH-Investitionen tragen zur Entsorgungssicherung (Verwertung, Behandlung und Beseitigung) für öffentliche und private Entsorgungsträger im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg / Berlin insbesondere über das Jahr 2005 hinaus bei. Investitionsschwerpunkte sind dabei die im Bau befindlichen Mechanisch-Biologischen Anlagen an den Standorten Schöneiche und Vorketzin sowie die notwendigen Ersatzinvestitionen Maschinenteknik und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:

SBB Entsorgungswirtschaft GbR

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Zweck der Gesellschaft ist es, bei der SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH eine Stammeinlage und ggf. später weitere Geschäftsanteile aus Kapitalerhöhungen zu übernehmen und die so erworbenen Geschäftsanteile als Gesamtvermögen zu verwalten.

<u>Kapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	440,0	100,00
<u>davon:</u>		
MEAB – GmbH	20,0	4,50

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 01.01.2005 hat die MEAB eine Beteiligung an der Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG, Neuendorf, in Höhe von 24,9 v. H. erworben.

Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH

Klaus-Peter Bollin

Dirk-Uwe Michaelis

Aufsichtsrat

Vorsitzender Dr. Lehmann-Tolkmitt,
Sigurd

Stv.
Vorsitzende Dr. Damm, Andreas Ministerium der Finanzen des Landes
Brandenburg, Potsdam

Remde, Bernhard Ministerium für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz des
Landes Brandenburg, Potsdam

Schulz, Günter Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

Zandonella, Carlo Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
Berlin

**2.5.2. SBB Sonderabfallgesellschaft
Brandenburg/Berlin mbH
Berliner Straße 27 a
14467 Potsdam
Tel.: 0331/27 93 - 0
Fax: 0331/27 93 - 20
<http://www.sbb-mbh.de>
E-Mail: info@sbb-mbh.de**



Gründungsdatum: 03.11.1994

Gegenstand des Unternehmens

Organisation der Entsorgung besonderer überwachungsbedürftiger Abfälle in den Ländern Berlin und Brandenburg mit dem Ziel, die Entsorgungssicherheit für Gewerbe und Industrie zu gewährleisten. Dazu ist die Vermeidung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen zu fördern und - soweit dies nicht möglich ist - eine ordnungsgemäße und umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung dieser Abfälle langfristig zu sichern.

Das Unternehmen ist die zentrale Einrichtung im Sinne der Landesabfallgesetze der beteiligten Länder. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- 1. die Zuweisung der von den Abfallbesitzern ordnungsgemäß angeordneten besonders überwachungsbedürftigen Abfälle in dafür zugelassene und aufnahmebereite Abfallentsorgungsanlagen,*
- 2. die Sicherung ausreichender Entsorgungsmöglichkeiten, vor allem durch den Abschluss von langfristigen Entsorgungsverträgen und wenn es notwendig ist auch durch die Beteiligung, die Errichtung und den Betrieb von eigenen Abfallentsorgungsanlagen,*
- 3. die Überprüfung der ordnungsgemäßen Entsorgung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen im Rahmen der übertragenen Befugnisse,*
- 4. die Information und Beratung von Abfallbesitzern und Abfallentsorgungsunternehmen über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen,*
- 5. die Mitarbeit an Entsorgungskonzepten.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die SBB ist durch die Sonderabfallentsorgungsverordnung vom 03.05.1995 mit Wirkung zum 01.07.1995 zur zentralen Einrichtung für die Organisation der Entsorgung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen im Land Brandenburg bestimmt worden. Das Land Berlin hat die SBB gleichfalls zur zentralen Einrichtung bestimmt. Das in dieser Rechtsvorschrift zum Ausdruck kommende wichtige Landesinteresse am Bestehen der SBB als zentrale Einrichtung ist unverändert gegeben.

Der angestrebte Zweck kann nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreicht werden: Um sicherzustellen, dass die SBB die ihr übertragenen hoheitlichen Aufgaben mit der gleichen Zuverlässigkeit wie eine Behörde erfüllt, halten die Länder Berlin und Brandenburg zur Sicherung eines maßgeblichen Einflusses eine Beteiligung in Höhe von jeweils 25 v. H.. Die Gesellschafter haben bei Gründung der Gesellschaft in einem Konsortialvertrag vereinbart, bis zum Ablauf des Jahres 1998 die Beteiligungsverhältnisse zu überprüfen. Im Ergebnis haben sich alle Gesellschafter übereinstimmend für eine Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse ausgesprochen, da sich die Zusammenarbeit unter diesen Bedingungen bewährt hat.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	1.534,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	383,5	25,00
Land Berlin	383,5	25,00
SBB Entsorgungswirtschaft GbR	383,5	25,00
SBB Abfallerzeuger GbR	383,5	25,00

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	2.916,1	2.935,9
Anlagevermögen	134,1	169,9
Umlaufvermögen	2.742,7	2.732,0
Eigenkapital	2.402,6	2.560,1
Rückstellungen	290,6	201,0
Verbindlichkeiten	222,9	174,8
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	3.046,2	2.316,0
Sonstige betriebliche Erträge	47,6	260,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.645,8	1.676,2
Abschreibungen	57,4	51,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62,3	202,0
Jahresergebnis	62,1	157,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	33	33
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Anzahl der Andienungen und Entsorgungsnachweisbestätigungen ist im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Die zeitnahe Fakturierung und Begleit-

scheinerfassung konnte auf einem hohem Abarbeitungsstand gehalten werden. Der Gebührensatz wurde im Jahr 2004 auf 3 v. H. gehalten.

Am 19. Februar 2004 hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Revisionsverfahren das Fortbestehen der Andienungspflicht nach dem Außerkrafttreten der "Bestimmungsverordnung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle" bestätigt.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Berend Wilkens

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Dr. Eisermann, Reinhard	SBB Entsorgungswirtschaft GbR, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Dr. Knippenberg, Burkhard	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam
	Bergfelder, Wolfgang	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Fritz, Joachim	SBB Entsorgungswirtschaft GbR
	Dr. Hübl, Dieter	SBB Abfallerzeuger GbR
	Meyer, Gerd	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Petrick, Hans-Jürgen	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Thielmann, Hanno	SBB Abfallerzeuger GbR

2.5.3. Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L.
Hauptallee 116/6
15838 Zossen, OT Wündsdorf
Tel.: 03377/388-101
Fax: 03377/388-110

Gründungsdatum: 20.02.1991

Liquidation: 01.01.1996

Gegenstand des Unternehmens

Abschluss der laufenden Geschäfte, im Wesentlichen die Verwaltung und Verwertung des noch vorhandenen Vermögens der Gesellschaft, insbesondere des Grundvermögens.

Gründe für die Beteiligung

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum 01.01.1996 aufgelöst.

Das Land trägt als Hauptgesellschafter dafür Sorge, dass die Abwicklung der Geschäfte weitestmöglich im Einklang mit den landespolitischen Zielen der Entwicklung des ländlichen Raumes erfolgt; aus diesem Grund besteht das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung bis zu dem – bis Ende 2005 angestrebten – Abschluss des Liquidationsverfahrens fort.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	26.424,1	100,000
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	26.423,6	99,998
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	0,5	0,002

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	25.365,9	23.702,0
Anlagevermögen	0,0	0,0
Umlaufvermögen	11.934,4	8.766,6
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	13.431,5	14.935,4
Rückstellungen	2.366,3	1.419,0
Verbindlichkeiten	22.999,6	22.283,0
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	1.631,4	752,8
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken	- 1.676,2	- 2.819,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0
Betriebsergebnis	- 1.206,1	- 2.324,3
Finanzergebnis	- 761,2	- 719,8
Jahresergebnis	- 1.967,3	- 3.044,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Liquidationstätigkeit richtet sich in erster Linie auf die Abwicklung der laufenden Geschäfte, die Einziehung der Forderungen, die Veräußerungen der Aktiva sowie die Bezahlung der Schulden der Brandenburgischen Landgesellschaft. Schwerpunkte im Jahr 2004 waren die Verwertung der zum Verkauf bestimmten Grundstücke, die weitere Entwicklung des Gewerbeparks Vehlefanz sowie die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft. Von den Grundstücken wurden im Geschäftsjahr 2004 rd. 40,3 ha (rd. 16,7 v. H. des Flächenbestandes zum 31. Dezember 2003) verkauft.

Per 31. Dezember 2004 verfügte die Brandenburgische Landgesellschaft noch über Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rd. 160,2 ha.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Liquidatorin

Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH

Beirat

Dr. Pfeiffer, Jochen	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam
Stenger, Tillmann	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael, Hans-Werner	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

**2.6.1. Landesentwicklungsgesellschaft
für Städtebau, Wohnen und Verkehr
des Landes Brandenburg mbH i. L.
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam, OT Groß Glienicke
Tel.: 033201/27-0
Fax: 033201/27-450
<http://www.leg-brandenburg.de>
E-Mail: info@leg-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 21.10.1991

Liquidation: 01.11.2001

Gegenstand des Unternehmens

Gesellschaftszweck ist die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Landesentwicklung in den Bereichen Städtebau, Wohnen und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz auf dem Gebiet des Landes Brandenburg, ferner die Verwertung eigener Rechte.

Gegenstand des Unternehmens ist es, insbesondere im Auftrag des Landes oder kommunaler Gebietskörperschaften im Rahmen der Landesentwicklung und nach den Zielen der Landesplanung Entwicklungs- und Bodenordnungsmaßnahmen zu betreiben.

Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören insbesondere

- *die Durchführung von Maßnahmen der Stadterneuerung,*
- *die Wiedernutzbarmachung brachgefallener Industrie-, Gewerbe- und Militärfächen für städtebauliche Nutzungen,*
- *die Entwicklung von Neubaugebieten und Infrastruktureinrichtungen,*
- *der Neubau, die Instandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Wohnraum,*
- *Maßnahmen der Rekultivierung im Interesse des Natur- und Landschaftsschutzes,*
- *die Verwertung von Rechten, insbesondere von gewerblichen Schutzrechten.*

Gründe für die Beteiligung

Die Gesellschaft ist aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung zum 01.11.2001 aufgelöst. Der Unternehmensgegenstand wird danach überlagert von dem Zweck des Liquidationsverfahrens, die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der Gesellschaft zu erfüllen, ihre Forderungen einzuziehen und das Vermögen der Gesellschaft in Geld umzusetzen (§ 70 GmbHG).

Das Land trägt als Gesellschafter dafür Sorge, dass die Abwicklung der Geschäfte weitestmöglich im Einklang mit Zielen der Landesentwicklung erfolgt; aus diesem Grund besteht das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung fort.

Stammkapital	T€	v. H.
Insgesamt	51.129,2	100,00
davon:		
Land Brandenburg	51.129,2	100,00

1. Konzernabschluss der LEG-Gruppe

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	227.090,4	203.180,2
Anlagevermögen	23.014,6	22.062,5
Umlaufvermögen	125.328,8	118.157,6
Nicht durch Liquidationskapital gedeckter Fehlbetrag	78.678,9	62.902,9
Rückstellungen	70.172,8	64.769,1
Verbindlichkeiten	156.909,0	138.350,4
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	15.383,0	11.434,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.171,2	1.470,8
Abschreibungen	2.783,1	955,4
Betriebsergebnis (nach neutralen bzw. bewertungsrechtlichen Ergebniseffekten)	- 9.197,9	- 6.408,8
Zins- und Beteiligungsergebnis	- 4.933,9	- 2.716,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 13.568,7	- 8.868,2
Jahresergebnis	- 14.131,8	- 9.125,1

2. Jahresabschlüsse der Gesellschaft LEG

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	204.228,8	180.225,3
Anlagevermögen	36.810,8	27.905,5
Umlaufvermögen	88.474,8	89.367,9
Nicht durch Liquidationskapital gedeckter Fehlbetrag	78.874,9	62.894,7
Rückstellungen	68.306,1	59.872,0
Verbindlichkeiten	135.915,3	120.292,7
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	14.002,1	10.050,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.171,2	1.470,8
Abschreibungen	2.692,9	852,7
Betriebsergebnis (nach neutralen bzw. bewertungsrechtlichen Ergebniseffekten)	- 7.086,7	- 6.007,8
Finanzergebnis (nach neutralen bzw. bewertungsrechtlichen Ergebniseffekten)	- 6.468,5	- 2.913,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 13.382,7	- 8.707,3
Jahresergebnis	- 13.555,2	- 8.920,8
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	45	27
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Zum 31.12.2004 betrug der Jahresfehlbetrag 8,9 Mio €; das Ergebnis resultiert aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Verlusten aus Mietgarantien sowie aus der Abwertung von Beteiligungen.

Die unverändert negative Situation auf dem Arbeitsmarkt und das nur geringe Wirtschaftswachstum dämpft die Binnennachfrage und beeinträchtigt damit auch die Wohnungswirtschaft. Gleichzeitig ist ein Überangebot auf dem Wohnungsmarkt und bei gewerblicher Vermietung festzustellen.

Trotz dieser schwierigen Bedingungen bleibt es vorrangiges Ziel der LEG, den noch vorhandenen Immobilienbestand zeitnah und bestmöglich zu vermarkten.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Geschäftsjahren 2003 und 2004 folgende Beteiligungen:

1. Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf / Zehrendorf mbH (EWZ)

Sitz des Unternehmens: Wünsdorf

Gegenstand des Unternehmens: Baureifmachung, Entwicklung, Vermietung, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Bereich der vormals vom Oberkommando der Westgruppe der russischen Truppen in Wünsdorf/Zossen genutzten und einem Sondervermögen des Landes Brandenburg zugeführten WGT-Liegenschaft einschließlich immobiliennaher Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten auch in fremdem Namen und für fremde Rechnung. Hierzu gehören alle Arten von Grundstücksentwicklung und städtebaulichen Maßnahmen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	4.346,0	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	4.335,8	99,76
Gemeinde Wünsdorf	4,6	0,11
Struktur- und Wirtschaftsförderungs- gesellschaft Teltow-Fläming mbH	5,6	0,13

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	380,0	332,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	34.902,5	36.313,1
Bilanzsumme	56.757,9	58.570,0
Umsatzerlöse	1.239,2	1.234,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	- 5.815,6	- 1.410,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0	0

2. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Ferner sollen Aufgaben im Wohnungswesen und bei der Entwicklung von Gewerbestandorten wahrgenommen werden. Der räumliche Tätigkeitsbereich umfasst insbesondere das Gebiet der Länder Berlin und Brandenburg. Die Gesellschaft darf für die Länder Berlin und Brandenburg, die Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Auftraggeber für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der Strukturverbesserung tätig werden.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	51,1	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	25,6	50,00
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH	25,6	50,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004*
	T€	T€
Anlagevermögen	5,8	
Eigenkapital	493,4	
Bilanzsumme	1.055,5	
Umsatzerlöse	272,4	
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	133,4	
Jahresergebnis	- 29,1	
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung) - durchschnittlich -	3	

* Der Jahresabschluss zum 31.12.2004 liegt zurzeit noch nicht vor.

3. Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam Verwaltungs-GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Projektplanungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG, sowie der Erwerb eines Grundstückes auf dem Gebiet des sogenannten Potsdam Centers sowie die Entwicklung von Bau- und Verwertungskonzeptionen zur baulichen Überarbeitung, Bebauung und Verwertung dieses Grundstückes.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	306,8	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	306,8	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0,0	0,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.371,7	2.395,8
Bilanzsumme	2.371,7	2.395,8
Umsatzerlöse	0,0	0,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	- 26,3	- 24,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0	0

4. Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Ausarbeitung, Entwicklung und Umsetzung von Aufgaben der Stadt- und Landesentwicklung des Landes Brandenburg in den Bereichen Städtebau, Wohnen und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Umgebung sowie die Übernahme und Ausführung entsprechender Aufgaben und Leistungen für die Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH (LEG). Gegenstand des Unternehmens ist des Weiteren die Entwicklung von Bau- und Verwertungskonzeptionen zur baulichen Überarbeitung, Bebauung, Entwicklung, Erschließung, Bauvorbereitung und Verwertung von Grundbesitz, die Verwaltung eigenen und fremden Grundbesitzes sowie die Betreuung der Durchführung von Hochbaumaßnahmen von Bauvorhaben auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Umgebung.

<u>Festkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	5.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	5.000,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	555,3	498,7
Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditistin	17.691,5	17.705,8
Bilanzsumme	33.769,1	25.175,3
Umsatzerlöse	348,0	150,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	187,6	- 14,3
Mitarbeiter - durchschnittlich -	0	0

5. GbR Neu Döberitz

Sitz des Unternehmens: Dallgow-Döberitz

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb, Entwicklung, Erschließung bis zur Baureife und die Veräußerung des Gebietes Neu Döberitz sowie das Halten und Verwalten von Grundstücken und von Beteiligungen an anderen Gesellschaften.

<u>Festkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	511,3	100,00
<u>Davon:</u>		
LEG	255,65	50,00
RSE Projektmanagement AG	255,65	50,00

Die Jahresabschlüsse der GbR Neu Döberitz liegen zurzeit noch nicht vor.

Die LEG ist weiterhin an der Grundstücksgesellschaft Heroldplatz Nr.1 Grundstücksgesellschaft b.R. mit 5,99 v. H., an der Heroldplatz Nr.2 Grundstücksgesellschaft b.R. mit 5,84 v. H. sowie an der LEG Wohnpark Waldstadt Grundstücksgesellschaft b.R. mit 0,32 v. H. beteiligt.

Liquidatoren

Peter Leonhardt

Klaus Nicklitz

Beirat der LEG i. L.

Vorsitzender	Dellmann, Reinhold	Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzende	Tag, Jacqueline	Mitglied des Vorstandes der Investitions-Bank des Landes Brandenburg, Potsdam
	Breier, Herbert	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Schulz-Roloff, Rolf	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

2.6.2. VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Hardenbergplatz 2
10623 Berlin
Tel.: 030/254 14 - 0
Fax: 030/254 14 - 112
<http://www.vbbonline.de>
E-Mail: info@vbbonline.de



Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg GmbH

Gründungsdatum: 08.12.1994

Eintritt des Landes Brandenburg: 30.09.1996

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.

Zur Verwirklichung dieses Zwecks hat die Gesellschaft insbesondere folgende Aufgaben:

- a) *Erarbeitung und Abstimmung eines den regionalen Bedingungen angepassten einheitlichen Bedienungskonzepts, Erstellung eines daraufhin gerichteten integrierten Fahrplanes sowie Formulierungen von Qualitäts- und technischen Angebotsstandards;*
- b) *Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungstarifsystems, eines einheitlichen Beförderungstarifs für den Verbundverkehr, einheitlicher Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme;*
- c) *Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeverfahrens für das Verbundgebiet sowie Durchführung und Kontrolle der Einnahmeverfahrenrechnungen;*
- d) *Vergabe (einschl. Vertragskontrolle und Abrechnung) der Schienen-Personennahverkehr-Leistungen (SPNV-Leistungen) im Rahmen der für diese Aufgaben vorgesehenen Budgets im Namen und für Rechnung der betroffenen Aufgabenträger. Dies gilt auch für Leistungen des übrigen ÖPNV, soweit es sich um verbundrelevante Linien des regionalen übrigen ÖPNV handelt. Die Festlegung der verbundrelevanten Linien erfolgt im Einvernehmen der betroffenen Aufgabenträger mit dem Verkehrsverbund;*
- e) *Untersuchungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung des ÖPNV im Verbundgebiet;*
- f) *Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger;*
- g) *Mitwirkung bei der Abstimmung und Koordinierung der Nahverkehrspläne benachbarter Aufgabenträger;*

- h) Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verbundverkehr und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr;*
- i) Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet;*
- j) Erarbeitung und Koordinierung verbundkonformer Betriebs- und Servicesysteme;*
- k) Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebiets nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstiger Vorgaben der Aufgabenträger;*
- l) Bewirtschaftung der der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Fördermittel;*
- m) Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger;*
- n) Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern (öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen).*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das Landesinteresse an der Beteiligung an der VBB-GmbH ergibt sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Gemäß § 5 Absatz 4 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr vom 26.10.1995 (GVBl. I, 252) soll insbesondere mit dem Land Berlin unter Beteiligung aller betroffenen Aufgabenträger (Land, Landkreise, kreisfreie Städte) ein Verkehrs- und Tarifverbund gebildet werden. Träger dieses Verbundes ist die VBB. Unter dem Dach der VBB soll eine weitgehend koordinierte Planung, Organisation und Durchführung des ÖPNV in Brandenburg und Berlin unter Wahrung der Eigenverantwortlichkeit aller Aufgabenträger realisiert werden.

Die gemeinsamen Ziele der Gesellschafter, auch des Landes Brandenburg, sind ohne die VBB GmbH nicht zu erreichen. Dazu zählen neben den kontinuierlich wahrzunehmenden Regieaufgaben für den SPNV auch die Gestaltung und die Fortentwicklung eines einheitlichen Tarifsystems, eines integrierten Fahrplanes sowie die Erarbeitung, Anwendung und Durchführung des Einnahmeverfahrens zwischen allen Verkehrsunternehmen, die im Verbundgebiet Leistungen erbringen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Gesellschafterstellung sichert dem Land die Mitwirkung an der Gestaltung der Verbundtätigkeit.

Stammkapital	T€	v. H.
Insgesamt	324,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	108,0	33,34
Land Berlin	108,0	33,34
Brandenburgische Kommunen und Zweckverband	108,0	33,34
Landeshauptstadt Potsdam		
Stadt Frankfurt (Oder)		
Stadt Brandenburg a. d. H.		
Landkreis Potsdam-Mittelmark		
Landkreis Dahme-Spreewald		
Landkreis Teltow-Fläming		
Landkreis Märkisch-Oderland		
Landkreis Oder-Spree		
Landkreis Oberhavel		
Landkreis Barnim		
Landkreis Havelland		
Landkreis Prignitz		
Landkreis Uckermark		
Landkreis Ostprignitz-Ruppin		
Landkreis Elbe-Elster		
je 6.000,- €		
und		
Zweckverband ÖPNV Lausitz-Spreewald (ZÖLS)		
18.000,- €		

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	1.680,1	3.062,1
Anlagevermögen	421,3	302,1
Umlaufvermögen	1.258,8	2.758,3
Eigenkapital	306,0	324,0
Rückstellungen	458,8	656,3
Verbindlichkeiten	496,6	1.782,2
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	603,3	942,6
Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	6.602,7	5.522,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.250,4	3.053,6
Materialaufwand	649,3	825,8
Abschreibungen	368,8	172,7
Betriebsergebnis	- 7,0	- 16,0
Finanzergebnis	26,0	16,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18,7	0,2
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	59	58
Auszubildende	5	5

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Der Unternehmensgegenstand ist davon geprägt, dass einerseits Aufgaben wahrgenommen werden, deren Umsetzung im unmittelbaren Interesse aller Gesellschafter liegt (z.B. Tarifentwicklung, Einnahmearbeitung), andererseits Aufgaben, deren Wahrnehmung primär im Interesse einzelner Gesellschafter liegt (z.B. Vergabe, Bestellung, Management, Controlling und Abrechnung von SPNV-Leistungen). Daher ist die interne Organisation der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2004 neu strukturiert worden. Aufgaben, die nur einzelne Aufgabenträger oder Gruppen von Aufgabenträgern berühren, werden zukünftig in einem neu geschaffenen Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement umgesetzt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Sonderprojekte im Bereich der Schaffung zusätzlicher Informations- und Serviceangebote rund um den ÖPNV durchgeführt und das Projekt „JoiTraM“ – Joint Transport Management Berlin/Brandenburg – Lubuskie“ begonnen, dessen Ziel der Aufbau eines grenzüberschreitenden Verkehrsmanagements zwischen dem Gebiet der VBB und der angrenzenden polnischen Wojewodschaft Lubuskie ist.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte der VBB GmbH im Jahr 2004 waren:

- Beratung der kommunalen Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit dem neuen ÖPNV-Gesetz im Land Brandenburg ab 01.01.2005;
- Auswertung der letzten Verkehrserhebung;
- Tarifanpassung zum 01.04.2004 und Vorbereitung des Fahrplanwechsels zum 12.12.2004;
- Abwicklung von diversen Vergabeverfahren.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Hans-Werner Franz

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Dellmann, Reinhold	Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzende	Krautzberger, Maria	Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Bartsch, Holger	Landrat des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, Senftenberg

Bockhardt, Carsten	Landkreis Barnim, Eberswalde
Exner, Burkhard	Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich, Günter	Landkreis Spree-Neiße, Forst
Giesecke, Peer	Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, Luckenwalde
Gilde, Christian	Landrat des Landkreises Ostprignitz- Ruppin, Neuruppin
Hoffmann, Ulrich	Ministerium des Innern des Landes Bran- denburg, Potsdam
Künzel, Joachim	Senatskanzlei, Berlin
Lossin, Holger	Landkreises Prignitz, Perleberg
Michael, Hans-Werner	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
Müller, Georg	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
Patzelt, Martin	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)
Rätzel, Karin	Oberbürgermeisterin der Stadt Cottbus
Reinking, Jürgen	Landrat des Landkreises Märkisch- Oderland, Seelow
Richter, Klaus	Landrat des Landkreises Elbe-Elster, Herzberg
Ringmann, Gerhard	Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam
Scheller, Steffen	Stadtverwaltung Brandenburg, Branden- burg an der Havel
Schmitz, Klemens	Landrat des Landkreises Uckermark, Prenzlau
Dr. Schröder, Burkhard	Landrat des Landkreises Havelland, Rathenow
Schröter, Karl-Heinz	Landrat des Landkreises Oberhavel, Oranienburg

Schulz, Ilsemarie	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Belzig
Schulz, Günter	Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin
Wille, Martin	Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, Lübben
Zalenga, Manfred	Landrat des Landkreises Oder-Spree, Beeskow

2.6.3. **DEGES Deutsche Einheit Fernstraßen-
planungs- und -bau GmbH**
Zimmerstraße 54
10117 Berlin
Tel.: 030/202 43-0
Fax: 030/202 43-291

DEGES

Gründungsdatum: 07.10.1991

Gegenstand des Unternehmens

Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das wichtige Landesinteresse an der DEGES besteht wegen der Bedeutung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern und der Aufgaben, die die DEGES für das Land Brandenburg erledigt hat, derzeit noch fort. Allerdings ist die Tätigkeit der DEGES im Land Brandenburg bei planmäßigem Verlauf der Arbeiten endlich. Der angestrebte Zweck lässt sich derzeit nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Nur die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der DEGES sichert dem Land die Mitwirkung an der Gestaltung der Tätigkeit sowie den Zugang zu den Leistungen der Gesellschaft.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	51,5	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	25,75	50,00
Land Brandenburg	5,15	10,00
Land Mecklenburg-Vorpommern	5,15	10,00
Freistaat Sachsen	5,15	10,00
Land Sachsen-Anhalt	5,15	10,00
Freistaat Thüringen	5,15	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	991.902,5	920.784,0
Anlagevermögen	1.618,1	1.412,0
Umlaufvermögen	858.453,6	796.009,4
Eigenkapital	97,2	102,3
Rückstellungen	5.626,5	5.861,0
Verbindlichkeiten	986.177,8	914.820,2
Mittelzuweisung durch Gesellschafter	704.636	753.626
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Gesamtleistung	87.893,7	99.344,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	19.187,3	18.489,6
Abschreibungen	702,9	655,8
Betriebsergebnis	28,2	42,1
Finanzergebnis	33,4	48,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,3	6,3
Jahresergebnis	5,2	5,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	253	250
Auszubildende	6	8

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Auf der Grundlage des Unternehmensgegenstandes haben die neuen Bundesländer die DEGES mit der Planung und Baudurchführung eines Großteils der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – Straße, von Zubringerprojekten zu diesen sowie sonstigen Verkehrsinfrastrukturprojekten beauftragt.

Die Kernkompetenz der DEGES liegt in ihrem Know-how für anspruchsvolle Verkehrsinfrastrukturprojekte und alle damit zusammenhängenden planerischen, technischen, rechtlichen und kaufmännischen Fragen sowie in einem qualifizierten Kosten-, Termin- und Qualitätsmanagement für Planung, Flächenerwerb, Bauvorbereitung, Baudurchführung und -überwachung bis zur Übergabe. Bis Ende des Jahres 2004 wurden insgesamt Projekte mit einer Gesamtlänge von 931 km fertiggestellt und dem Verkehr übergeben.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Hans Jörg Klofat

Hans-Jörg Kleffner

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Hahn, Wolfgang	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
Stv. Vorsitzender	Dr. Rohde, Bernd	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden
	Dr. Gottschalk, Hans-Joachim	Staatssekretär im Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
	Irmer, Lutz	Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr, Erfurt
	Dr. Klöckner, Jürgen	Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr, Erfurt
	Dr. Kratzenberg, Rüdiger	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Leber, Berthold	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Mehlmann, Ulrich	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
Scheffler, Siegfried	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Zenker, Peter	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

2.7.1. **InvestitionsBank des Landes Brandenburg**
Anstalt des Öffentlichen Rechts
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Tel.: 0331/660-0
Fax: 0331/660-1234
http://www.ILB.de
E-Mail: postbox@ilb.de



Aufnahme der Geschäftstätigkeit: 01.07.1992

Gegenstand des Unternehmens

Unterstützung des Landes bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere Förderung von Maßnahmen auf den Gebieten des Wohnungs- und Städtebaus, der gewerblichen Wirtschaft, der Infrastruktur, der Land- und Forstwirtschaft, des Umweltschutzes und der sozialen Versorgungsstruktur durch die Gewährung von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften, das Eingehen von Beteiligungen sowie sonstige Finanzierungshilfen. Finanzierung von Vorhaben, die der Verbesserung der wirtschaftlichen und strukturellen Verhältnisse im Land Brandenburg dienen oder im besonderen Interesse des Landes oder seiner Gebietskörperschaften liegen.

Gründe für die Beteiligung

Die ILB ist 1992 durch das Gesetz über die InvestitionsBank des Landes Brandenburg als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet worden. Das Gesetz bestimmt, dass die Beteiligung des Landes Brandenburg am Stammkapital mindestens 25 v. H. umfasst.

Für die konzentrierte und effektive Umsetzung der Förderaktivitäten des Landes haben sich das Instrumentarium und die Arbeitsweise einer Bank bewährt.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	110.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	27.500,0	25,00
Landesbank Berlin – Girozentrale -	27.500,0	25,00
Landesbank NRW	55.000,0	50,00

Kennzahlen	2003	2004
	T€	T€
Eigenkapital	167.597	173.048
Bilanzsumme	9.624.202	9.966.407
Barmittel	3.224	3.876
Kurz- und mittelfristige Forderungen	1.673.576	1.653.512
Langfristige Forderungen	2.273.442	2.249.905
Wertpapiere	1.144.573	1.516.139
Treuhandvermögen	4.520.330	4.528.456
Beteiligungen	4.289	10.914
Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	2.939.930	3.295.555
Langfristige Verbindlichkeiten	1.915.478	1.873.247
Rückstellungen	3.144	2.574
Treuhandverbindlichkeiten	4.520.330	4.528.456
Rücklagen	47.934	53.427
Zinsen und zinsähnliche Erträge	270.093	275.856
Provisionserträge	32.001	31.579
Andere Erträge	3.443	2.301
Zinsaufwendungen	243.071	243.401
Personalaufwendungen (einschließlich Sozialabgaben)	25.462	24.979
Jahresergebnis	9.816	9.852
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	475	453
Auszubildende	29	17

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Bank betreut als Dienstleister und Partner der Landesregierung die vielfältigen Förderaktivitäten des Landes. Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und der rückläufigen Fördervolumina war die Ertragslage stabil und zufriedenstellend. Das im Jahr 2004 bewilligte Fördervolumen hat 1.219,8 Mio. € (Vj. 871,3 Mio. €) betragen.

Beteiligungen

Die InvestitionsBank des Landes Brandenburg hielt in den Geschäftsjahren 2003 und 2004 folgende Beteiligungen:

1. BC Brandenburg Capital GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Beteiligung an anderen Unternehmen, insbesondere an der BC Venture GmbH, der KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH und der Seed Capital Brandenburg GmbH, und die Ausübung aller sonstigen Funktionen einer geschäftsleitenden Gesellschaft sowie die Erbringung von Dienst- bzw. Werkleistungen für Beteiligungsgesellschaften und ähnliche Unternehmen sowie für Auftraggeber aller Art. Die Gesellschaft ist ferner zur Vornahme aller Handlungen und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar zur Förderung dieses Unternehmensgegenstandes geeignet sind.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	8.884,1	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	7.611,9	85,68
ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (der Anteil wird treuhänderisch von der ILB verwaltet)	383,8	4,32
tgb Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bonn	888,4	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	5.011	5.525
Eigenkapital	5.198	5.593
Bilanzsumme	5.992	6.078
Umsatzerlöse	2.284	1.691
Personalaufwand (einschl. Sozialabgaben)	1.443	1.168
Jahresergebnis	89	- 6.316

2. BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH Fördergesellschaft

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung biotechnischer, medizinischer und der Medizintechnik und Biotechnologie spartenverbundener Forschungseinrichtungen sowie gewerblicher Unternehmen. Die Förderung erfolgt insbesondere durch die Entwicklung von Grundstücken einschließlich der Erstellung oder Sanierung von Gebäuden und anschließende Vermietung von Gebäuden, Gebäudeteilen und sonstigen Flächen. Eine Vermietung an andere ist zulässig, soweit kein Bedarf von Unternehmen aus den genannten Bereichen besteht.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	26,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	26,0	100,00

	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	19.410	18.523
Eigenkapital	294	541
Bilanzsumme	20.905	19.650
Umsatzerlöse	927	1.308
Jahresergebnis	354	- 153

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

3. Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L. (BLG i. L.)

Sitz des Unternehmens: Zossen

Gegenstand des Unternehmens: Abschluss der laufenden Geschäfte, im Wesentlichen die Verwaltung und Verwertung des noch vorhandenen Vermögens der Gesellschaft, insbesondere des Grundvermögens.

Anmerkung: Das Unternehmen befindet sich in Liquidation. Die ILB hat nach Liquidationseröffnung einen Anteil im Nennwert von 1 TDM übernommen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	26.424,1	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	0,5	0,002
Land Brandenburg	26.423,6	99,998

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	13.432	14.935
Bilanzsumme	25.366	23.702
Umsatzerlöse	1.631	753
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	0
Jahresergebnis	- 1.967	- 3.044

4. Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH
(vormals Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH – bis 17.12.2003)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung der Filmkulturwirtschaft mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der medienwirtschaftlichen Infrastruktur in der Region Berlin-Brandenburg unter künstlerischen, technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	60,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	30,0	50,00
InvestitionsBank Berlin	30,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	138	133
Eigenkapital	60	60
Bilanzsumme	652	945
Umsatzerlöse	1.707	2.545
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.127	1.401
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung) - durchschnittlich -	21	25

5. ILB Beteiligungsgesellschaft mbH (ILB BG)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und Halten von Beteiligungen an Unternehmen und Projekten zur Umsetzung struktur-, regional- oder arbeitsmarktpolitischer Ziele im Land Brandenburg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die für den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft förderlich sind, insbesondere die Beteiligung an Unternehmen jeder Rechtsform, die Verwaltung von Beteiligungen im eigenen und fremden Namen und auf eigene und fremde Rechnung sowie den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	52,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	52,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0	0
Eigenkapital	38	35
Bilanzsumme	694	86
Umsatzerlöse	118	54
Jahresergebnis	- 25	- 3

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

6. Sanierungsträger Potsdam Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH

Die zum 01.01.2003 geplante Übernahme der nicht-städtischen Gesellschaftsanteile durch die BIG-Städtebau Mecklenburg-Vorpommern GmbH ist nicht zustande gekommen.

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Durchführung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch und die treuhänderische Tätigkeit als Sanierungsträger und die Wahrnehmung von Aufgaben eines Sanierungsbeauftragten; die Entwicklung und Erforschung, die Planung und Durchführung von Verfahren und Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Missstände und Mängel, insbesondere die Vorahme jeglicher Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen im Rahmen öffentlicher Programme und nach den "Grundsätzen der behutsamen Stadterneuerung" auch in Gebieten und an Objekten, die außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete liegen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	51,1	100,0
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	9,7	19,00
Stadt Potsdam	26,1	51,00
Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg	5,1	10,00
Gemeinnützige Wohn- und Baugesellschaft Potsdam mbH	5,1	10,00
Mittelbrandenburgische Sparkasse	5,1	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	90	45
Eigenkapital	51	51
Bilanzsumme	1.251	1.181
Umsatzerlöse	2.346	1.789
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.174	1.194
Jahresergebnis	- 2	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung) - durchschnittlich -	21	20

7. Tourismusforum Potsdam GmbH (TFP)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Die Gesellschaft dient der Förderung des Tourismus im Land Brandenburg, insbesondere durch die Entwicklung bzw. Sanierung von Immobilien in der Stadt Potsdam und deren anschließende Vermietung an Nutzer der Bereiche, die dem Fremdenverkehr im weitesten Sinne dienen oder die Leistungsfähigkeit, Attraktivität und wirtschaftliche Entwicklung des Fremdenverkehrs im Land Brandenburg unterstützen. Eine Vermietung der Immobilien an andere ist zulässig, soweit kein Bedarf von natürlichen und juristischen Personen aus den genannten Bereichen besteht. Die Gesellschaft kann Immobilien oder Teile davon selbst betreiben.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	52,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	52,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	21.313	21.086
Eigenkapital	23	5.106
Bilanzsumme	22.193	23.687
Umsatzerlöse	347	541
Jahresergebnis	11	- 667

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

8. ILB Verwaltungsgesellschaft mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Eingehen und Verwaltung von Beteiligungen sowie die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere Immobilien.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	25,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0	0
Eigenkapital	24	24
Bilanzsumme	24	24
Umsatzerlöse	0	0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	0
Jahresergebnis	- 0,2	- 0,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0	0

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer ist ein Mitarbeiter der ILB.

9. Grundstücksgesellschaft „Tiefer See“ mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Ansiedlung von Unternehmen oder sonstigen Institutionen, insbesondere durch die Entwicklung, Sanierung und anschließende Vermietung von Immobilien in der Stadt Potsdam.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	50,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	5.698	5.528
Eigenkapital	50	50
Bilanzsumme	5.921	5.857
Umsatzerlöse	165	396
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	0
Jahresergebnis	0	0

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokuristin sind Mitarbeiter der ILB und werden durch einen Personalüberlassungsvertrag mit der ILB abgerechnet.

10. ib-bank-systems GmbH (ibbs)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Die Betreuung und Weiterentwicklung des von den beiden Instituten (Investitionsbank Berlin und InvestitionsBank des Landes Brandenburg) genutzten IT-Systems ABAKUS (Aktuelles (Investitions)-Banken Antrags- und Kundensystem).

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	500,0	100,0
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	250,0	50,0
Investitionsbank Berlin	250,0	50,0

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	211	237
Eigenkapital	518	541
Bilanzsumme	1.738	1.558
Umsatzerlöse	4.865	5.086
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.869	3.954
Jahresergebnis	16	23
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	57	63

11. FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH

Die Beteiligung an der FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH wurde im Mai 2004 an die Airport Area Beteiligungsgesellschaft mbH veräußert.

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Gesellschaftszweck ist im Wesentlichen die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BBI in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	50,0	100,0
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	35,5	71,00
IBB-Holding für Immobilienbeteiligungen GmbH	8,5	17,00
Landkreis Dahme-Spreewald	2,5	5,00
Gemeinden Diepensee, Großziethen, Kiekebusch, Schönefeld, Selchow, Waltersdorf, Waßmannsdorf (je 0,5 T€)	3,5	7,00

<u>Kennzahlen</u>	2003
	T€
Anlagevermögen	0
Eigenkapital	- 74
Bilanzsumme	117
Umsatzerlöse	0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	46
Jahresergebnis	- 68
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0,4

Vorstand der InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Klaus-Dieter Licht (Vorsitzender)

Jacqueline Tag

Verwaltungsrat

Vorsitzender Speer, Rainer

Minister der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

Stv. Vorsitzender	Gerlach, Ernst	Mitglied des Vorstandes der Landesbank Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
	Auermann, Jörg	Generalbevollmächtigter der Landesbank Berlin-Girozentrale, Berlin
	Descher, Christine	Arbeitnehmervertreterin
	Dreißig, Cornelia	Unternehmerin, Guben
	Gemmert, Christina	Arbeitnehmervertreterin
	Prof. Dr. Häge, Kurt	Mitglied des Vorstandes der Vattenfall Europe AG
	Hildenbrandt, Dietlind	Arbeitnehmervertreterin
	Junghanns, Ulrich	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kühn, Hans-Jürgen	Arbeitnehmervertreter
	Kulartz, Hans Jürgen	Mitglied des Vorstandes der Landesbank Berlin – Girozentrale, Berlin
	Lancelle, Eike	Staatssekretär im Ministerium des Innern, Potsdam
	Osten, Kerstin	Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Land- tages Brandenburg, Potsdam
	Dr. Prochnow, Hartmut	Arbeitnehmervertreter
	Dr. Schröder, Ulrich	Mitglied des Vorstandes der Landesbank Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
	Voigt, Bernd	Arbeitnehmervertreter
	Szymanski, Frank	Minister für Infrastruktur und Raum- ordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Dr. Woidke, Dietmar	Minister für Ländliche Entwicklung, Um- welt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam

2.7.2. Land Brandenburg Lotto GmbH
 Steinstraße 104-106
 14480 Potsdam
 Tel.: 0331/64 56-0
 Fax: 0331/62 30 78
<http://www.lotto-brandenburg.de>
 E-Mail: zentrale@lotto-brandenburg.de



Gründungsdatum: 03.04.1991

Gegenstand des Unternehmens

Veranstaltung von Lotterie-, Spiel- und Wettgeschäften jeder Art.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Land Brandenburg Lotto GmbH (LBL) veranstaltet im Land Brandenburg auf der Grundlage staatlicher Konzessionen Lotterien und Sportwetten; sie ist für das Landesgebiet insbesondere die Anbieterin der Veranstaltungen des Deutschen Lotto- und Totoblocks. Über ihre Beteiligungsgesellschaft Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG betreibt sie auf der Grundlage des Brandenburgischen Spielbankengesetzes Spielbanken an den Standorten Cottbus und Potsdam.

Aus ordnungsrechtlichen Gründen besteht ein wichtiges Landesinteresse daran, ein ausreichend seriöses, zuverlässiges und überwachtes Glücksspielangebot im Land Brandenburg sicherzustellen, insbesondere um den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete Bahnen zu lenken und eine Ausnutzung des Spielbetriebes zu privaten oder gewerblichen Gewinnzwecken auszuschließen.

Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Eine Erlaubnis für die Veranstaltung von öffentlichen Lotterien, Ausspielungen und Sportwetten darf im Land Brandenburg kraft Gesetzes nur einer juristischen Person des privaten Rechts erteilt werden, deren Anteile dem Land Brandenburg gehören (§ 4 Absatz 3 Lotterie- und Sportwettengesetz Brandenburg); eine Beteiligung der Landesbeteiligung an der LBL ist daher nicht möglich.

Stammkapital	TE	v. H.
Insgesamt	1.100,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	1.100,0	100,00

1. Konzerndaten

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	40.425,8	51.672,3
Anlagevermögen	10.150,8	10.228,1
Umlaufvermögen	29.218,5	40.396,0
Eigenkapital	12.820,9	18.246,0
Rückstellungen	2.494,6	3.150,6
Verbindlichkeiten	21.334,8	26.579,4
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	236.844,8	254.884,1
Konzessionsabgabe	42.458,2	46.454,2
Lotteriesteuer	37.657,5	40.189,0
Zweckertrag aus der GlücksSpirale	1.604,7	1.643,7
Spielbankabgabe	6.886,0	7.321,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	7.632,7	7.980,2
Abschreibungen	1.607,3	1.691,3
Betriebsergebnis	10.026,9	10.778,1
Zinsergebnis	501,5	674,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.528,3	11.453,0
Jahresergebnis	7.066,7	8.593,7

2. Jahresabschlüsse der Gesellschaft Land Brandenburg LOTTO GmbH

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	40.064,4	50.550,0
Anlagevermögen	12.139,0	12.137,9
Umlaufvermögen	26.880,6	37.372,9
Eigenkapital	13.587,1	18.240,8
Rückstellungen	2.272,3	2.934,5
Verbindlichkeiten	20.429,6	25.678,4
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	225.945,1	241.187,4
Konzessionsabgabe	42.458,2	46.454,2
Lotteriesteuer	37.657,5	40.189,0
Zweckertrag aus der GlücksSpirale	1.604,7	1.643,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	4.705,9	4.873,4
Abschreibungen	734,4	663,5
Zinsergebnis	548,3	622,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.523,9	10.681,4
Jahresergebnis	5.062,5	7.822,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	85	88
Auszubildende	9	7
Aushilfen	19	18

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit der LBL zielte auch im Berichtszeitraum auf ein nach den Kriterien der Seriosität und Unterhaltsamkeit ausgewogenes Spielangebot, um den ordnungsrechtlichen Auftrag der Kanalisierung des Spielverhaltens der Bevölkerung in Brandenburg zu erfüllen. Die LBL folgt damit den Kernzielen des am 1. Juli 2004 in Kraft getretenen Staatsvertrages zum Lotteriewesen in Deutschland. Dieser festigt die Position der staatlichen Lotteriegesellschaften, legalisiert gleichermaßen den Status der gewerblichen Spielvermittler (GSV), definiert für alle Anbieter Auflagen zum Jugendschutz und zum Umgang mit problematischem Spielverhalten und fordert angemessene Werbemaßnahmen bei Glücksspielen, die den Spielbetrieb nicht anheizen. Die Ausführungsgesetze zum Staatsvertrag werden in Brandenburg im Laufe des Jahres 2005 erlassen.

Beteiligungen

Die Land Brandenburg LOTTO GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Alle Maßnahmen, die zur Gründung von Spielbanken bzw. deren Einrichtung und Betrieb in Brandenburg notwendig oder nützlich sind, insbesondere die Beteiligung als geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafterin an der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co. KG.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	25,6	100,00
<u>Davon:</u>		
Land Brandenburg Lotto GmbH	25,6	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0,0	0,0
Eigenkapital	29,7	31,7
Bilanzsumme	39,1	37,5
Jahresergebnis	1,8	1,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer sind in Personalunion Geschäftsführer der Land Brandenburg Lotto GmbH.

2. Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Spielbanken im Land Brandenburg. Die Gesellschaft ist hierzu zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen, zur Beteiligung an anderen Unternehmen gleicher und verwandter Art.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	2.556,5	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg Lotto GmbH	2.556,5	100,00

(Komplementärin: Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH)

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	5.163,3	4.441,8
Eigenkapital	1.786,1	2.556,5
Bilanzsumme	7.441,6	10.863,1
Umsatzerlöse	10.899,7	13.696,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.926,9	3.106,8
Jahresergebnis	1.974,2	4.212,5
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung)	99	103

3. Brandenburgische Lotto-Gesellschaft mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Die Brandenburgische Lotto-Gesellschaft mbH übt keine operative Geschäftstätigkeit aus.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	76,7	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg Lotto GmbH	76,7	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	0,0	0,0
Eigenkapital	69,5	68,6
Bilanzsumme	79,1	69,7
Jahresergebnis	- 5,0	- 0,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal; die Geschäftsführung ist personenidentisch mit der Geschäftsführung der Land Brandenburg Lotto GmbH.

Geschäftsführung der Land Brandenburg LOTTO GmbH

Dr. Horst Mentrup

Klaus Walkenbach

Aufsichtsrat

Vorsitzender Dr. Padberg, Heinz Staatssekretär a. D., Bonn

Stv.
Vorsitzender Dr. Vogel, C. Wolfgang Staatssekretär a.D., Potsdam

Bork, Torsten Unternehmensberater

Genrich, Karin Unternehmerin

Schubert, Walter Vorsitzender des Vorstandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, Potsdam

**2.7.3. Brandenburgische Boden Gesellschaft für
Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH**
Hauptallee 116/6
15838 Zossen, OT Wündsdorf
Tel.: 03377/388-0
Fax: 03377/388-400
<http://www.bbg-immo.de>
E-Mail: kontakt@bbg-immo.de



Gründungsdatum: 23.06.1994

Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensgegenstand ist

- a) *die Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des durch das brandenburgische Gesetz über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 03.06.1994 (GVBl. I, S. 170) gebildeten Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg"; ferner die Beschaffung und Verwaltung von Finanzierungsmitteln, insbesondere zur Sanierung, Beplanung und Entwicklung der Liegenschaften. Soweit es zur Verbesserung der Verwertbarkeit der Liegenschaften erforderlich ist, darf die Gesellschaft weitere Grundstücke erwerben;*
- b) *die Verwertung im Eigentum des Landes Brandenburg stehender Liegenschaften;*
- c) *die Verwaltung und Verwertung von Liegenschaften im Auftrag von Unternehmen, an denen das Land Brandenburg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das Land hat die Brandenburgische Boden GmbH (BBG) für die Wahrnehmung der Aufgaben der Verwertung, Entwicklung und Verwaltung der ehemaligen WGT-Liegenschaften des „Grundstücksfonds Brandenburg“, eines inzwischen aufgelösten Sondervermögens des Landes, gegründet. Die Gesellschaft nimmt diese Tätigkeiten auf der Grundlage eines mit dem Land geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages sowie der Richtlinie für die Verwaltung, Entwicklung und Verwertung von Liegenschaften der WGT wahr. Zusätzlich in das Sondervermögen überführt wurden die Liegenschaften, die dem Land im Zuge der Abwicklung der Bodenreform zugefallen waren.

Das Sondervermögen wurde zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die BBG setzt ihre Verwaltungs- und Verwertungstätigkeit für die Liegenschaften des bisherigen Sondervermögens bis zum Jahresende 2006 fort und wird alsdann geordnet liquidiert werden.

Bis dahin besteht das wichtige Landesinteresse an der Verwaltungs- und Verwertungstätigkeit der BBG fort. Der angestrebte Zweck lässt sich derzeit nicht besser und wirt-

schaftlicher auf andere Weise erreichen; insbesondere kann die Liegenschaftsverwaltung des Landes die Aufgabe aus Kapazitätsgründen zurzeit nicht selbst wahrnehmen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	600,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	600,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	4.057,8	4.849,7
Anlagevermögen	402,5	270,1
Umlaufvermögen	3.398,9	4.334,9
Eigenkapital	1.696,9	2.020,3
Rückstellungen	1.888,7	2.559,8
Verbindlichkeiten	228,8	62,2
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	6.732,1	6.351,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.712,9	3.472,7
Abschreibungen	209,9	189,4
Betriebsergebnis	1.595,7	939,7
Finanzergebnis	57,3	84,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.654,5	1.025,7
Jahresergebnis	24,8	323,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	78	71
Auszubildende	1	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Brandenburgische Boden ihre treuhänderischen Verwertungs- und Verwaltungsaufgaben im vertraglich vereinbarten Umfang erfüllt und mit einem Jahresüberschuss von 323,4 T€ ein positives Ergebnis erreicht.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Brandenburgischen Boden ist die Verwertung und Verwaltung der ehemaligen WGT-Liegenschaften des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg". Dafür wurden im Jahre 2004 insgesamt 89 Kaufverträge mit einem Gesamt-Bruttokaufpreis von rd. 12,5 Mio. € beurkundet.

Daneben ist die Gesellschaft als Liquidatorin der Brandenburgischen Landgesellschaft mbH i. L. tätig.

Die Geschäftsbesorgungsverträge zur Verwertung weiterer landeseigener Liegenschaften (Schlösser und Herrenhäuser, Forsthäuser) sind in den Jahren 2003 bzw. 2004 gekündigt worden.

Beteiligungen

Die Brandenburgische Boden GmbH hielt in den Geschäftsjahren 2003 und 2004 folgende Beteiligung:

Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH

Die Brandenburgische Boden GmbH ist für das Sondervermögen „Grundstücksfonds Brandenburg“ (WGT-Liegenschaften) des Landes Brandenburg mit 49 v. H. (50,1 T€) an der Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH (GGN) beteiligt. Diese Beteiligung wurde zum Ablauf des 31.12.2004 gekündigt. Der von der Bewertung des Geschäftsanteils abhängige Vollzug der Einziehung steht noch aus.

Sitz des Unternehmens: Neuruppin

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb der Liegenschaft Flugplatz Neuruppin, die Entwicklung, Erschließung sowie die Verwaltung und Verwertung dieser Liegenschaft.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	102,3	100,00
<u>davon:</u>		
Brandenburgische Boden GmbH	50,1	49,00
Stadt Neuruppin	52,2	51,00

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
Anlagevermögen	185,9	398,7
Eigenkapital	268,9	350,7
Bilanzsumme	457,8	892,2
Umsatzerlöse	133,4	464,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	110,0	81,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäfts- führung) - durchschnittlich -	0	0

In den Geschäftsjahren 2003 und 2004 wurden durch die Gesellschaft keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsführung der Brandenburgischen Boden GmbH

Dorette König

Wolfgang Heitmann

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Licht, Klaus-Dieter	Vorstandsvorsitzender der Investitions-Bank des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Dr. Padberg, Heinz	Staatssekretär a. D., Bonn
	Heilmann, Hartmut	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Dr. Offermann, Volker	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam
	Oppermann, Robert	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Penzenstadler-Hennig, Larissa	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
	Remde, Bernhard	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam

2.7.4. Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5 - 9
60325 Frankfurt am Main
Tel.: 069/7431-0
Fax: 069/7431-2944
<http://www.kfw.de>
E-Mail: info@kfw.de



Niederlassung Berlin
Charlottenstraße 33/33 a
10117 Berlin
Tel.: 030/20264-0
Fax: 030/20264-188

Gründungsdatum: 18.11.1948

Eintritt des Landes Brandenburg: 10.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Bereitstellung von Kreditmitteln zur Förderung von Investitionen und Exportgeschäften deutscher Unternehmen; Vergabe von Krediten und Zuschüssen im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Finanzierungen und Beratungsleistungen für mittel- und osteuropäische Länder.

Gründe für die Beteiligung

Zur Förderung der deutschen Wirtschaft vergibt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hauptsächlich Kredite zur Investitionsförderung und zur Finanzierung von Exportgeschäften deutscher Unternehmen. Im Bereich der langfristigen Investitionsfinanzierung im Inland fördert sie kleine und mittlere Unternehmen und vergibt Kredite für Umweltschutzmaßnahmen, für Innovationen sowie Risiko- und Beteiligungskapital. Weitere KfW-Programme finanzieren kommunale Infrastrukturinvestitionen, z. B. in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Energie und Verkehr. Ein großer Teil des Finanzierungsangebots der KfW ist auf die Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern gerichtet. Um eine angemessene Berücksichtigung der Interessen des Landes Brandenburg zu gewährleisten, ist eine Beteiligung des Landes an der KfW erforderlich.

Die KfW hat als zentrales Kreditinstitut des Bundes und der Länder u. a. die Aufgabe, Vorhaben, die der Förderung der deutschen Wirtschaft dienen, durch Gewährung von Darlehen aus eigenen Mitteln und aus Mitteln des ERP-Sondervermögens zu unterstützen.

Gezeichnetes Kapital	T€	v. H.
Insgesamt	3.750.000	100,00
<u>darunter:</u>		
Land Brandenburg	21.000	0,56

1. KfW-Konzerndaten

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	Mio. €	Mio. €
Bilanzsumme	313.894	328.596
Barmittel	26	27
Forderungen an Kreditinstitute	165.578	176.736
Forderungen an Kunden	30.650	34.479
Wertpapiere	43.856	43.001
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	1.519	1.357
Treuhandkredite	8.047	8.050
Sonstige Aktiva	3.907	4.124
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.469	25.294
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57.270	55.309
Begebene Schuldverschreibungen	194.555	210.805
Rückstellungen	950	872
Treuhandverbindlichkeiten	8.122	8.106
Sonstige Passiva	16.053	15.087
Nennkapital	3.750	3.750
Rücklagen	4.639	5.055
Zinsen und zinsähnliche Erträge	11.882	11.812
Andere Erträge	492	424
Zinsaufwendungen	10.312	10.237
Personalaufwendungen (einschließlich Sozialabgaben)	323	335
Jahresergebnis	247	368

2. Unternehmensdaten der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Kennzahlen	2003	2004
	Mio. €	Mio. €
Bilanzsumme	312.808	327.841
Barmittel	26	27
Forderungen an Kreditinstitute	165.319	176.616
Forderungen an Kunden	30.650	34.479
Wertpapiere	43.841	42.985
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	1.093	1.122
Treuhandkredite	7.883	7.902
Sonstige Aktiva	3.799	4.073
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.323	25.239
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	101.663	85.933
Begebene Schuldverschreibungen	150.163	180.371
Rückstellungen	781	721
Treuhandverbindlichkeiten	7.885	7.905
Sonstige Passiva	15.079	16.094
Nennkapital	3.750	3.750
Rücklagen	4.112	4.476
Zinsen und zinsähnliche Erträge	11.748	11.653
Andere Erträge	592	428
Zinsaufwendungen	10.304	10.233
Personalaufwendungen (einschließlich Sozialabgaben)	277	291
Jahresergebnis	232	317
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	3.205	3.254

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Das Gesamtfördervolumen der KfW im Jahr 2004 betrug 62,8 Mrd. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 13,1 v. H. gesunken. Die KfW erteilte im Geschäftsjahr 2004 Zusagen zur Förderung der deutschen und europäischen Wirtschaft in Höhe von insgesamt 48,4 Mrd. € (Vj. 58,6 Mrd. €), darunter 33,3 Mrd. € (Vj. 36,7 Mrd. €) für Investitionsfinanzierungen sowie 11,8 Mrd. € (Vj. 11,4 Mrd. €) für den Bereich der Export- und

Projektfinanzierung. Insgesamt 5,6 Mrd. € (Vj. 6,0 Mrd. €) dienen der Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern.

Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln vergab die KfW im Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 685 Mio. € (Vj. 757 Mio. €).

Beteiligungen

In den Konzernabschluss der KfW wurden folgende mittelbaren Gesellschaften einbezogen:

Firma und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ T€
DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	100,0	895.397
Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	9.939
KfW International Finance Inc., Delaware, USA	100,0	7 ²⁾
KfW Beteiligungsholding AG, Bonn	100,0	781.700
tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bonn	100,0	429.135
IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf	37,8	2.034.263 ³⁾

1) Stand per 31.12.2004

2) Umgerechnet zum Stichtagskurs per 31.12.2004 (1 € = 1.3621 USD)

3) Stand per 31.03.2004

Vorstand

Hans W. Reich (Sprecher)

Dr. Peter Klaus

Wolfgang Kroh

Detlef Leinberger

Ingrid Matthäus-Maier

Dr. Peter Fleischer

Verwaltungsrat

Vorsitzender	Eichel, Hans	Bundesminister der Finanzen, Berlin
Stv. Vorsitzender	Clement, Wolfgang	Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Berlin
	Austermann, Dietrich	Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
	Dr. Baumann, Günter	Mitglied des Vorstands Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
	Börner, Anton F.	Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V., Berlin
	Dr. Brixner, Ulrich	Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG, Frankfurt am Main
	Dorn, Rüdiger	Präsident Haus & Grund Deutschland, Berlin
	Prof. Dr. Falthäuser, Kurt	Staatsminister des Bayerischen Staats- ministerium der Finanzen, München
	Fischer, Joschka	Bundesminister des Auswärtigen, Berlin
	Dr. Fischer, Thomas R.	Vorsitzender des Vorstandes der WestLB, Düsseldorf
	Dr. Freyberg, Rolf-Jürgen	Vorsitzender des Vorstandes der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerk- schaften AG, Frankfurt am Main
	Prof. Dr. Henneke, Hans-Günter	Hauptgeschäftsführer Deutscher Land- kreistag, Vertreter der Gemeinden
	Dr. Hoppenstedt, Dietrich H.	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., Berlin
	Kalb, Batholomäus	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
	Koch, Roland	Ministerpräsident des Landes Hessen, Wiesbaden

Künast, Renate	Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Bonn
Lehn, Waltraud	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Prof. Dr. Methling, Wolfgang	Minister für Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Metz, Horst	Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen, Dresden
Möllring, Hartmut	Finanzminister des Landes Niedersachsen, Hannover
Mönig-Raane, Margret	Stellvertretende Vorsitzende ver.di e. V., Berlin
Müller, Klaus-Peter	Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.
Ortseifen, Stefan	Sprecher des Vorstandes der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Pofalla, Ronald	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Putzhammer, Heinz	Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Scheel, Christine	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Schleyer, Hanns-Eberhard	Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn
Sommer, Michael	Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Sonnleitner, Gerhard	Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V., Bonn
Spiller, Jörg-Otto	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Stiegler, Ludwig	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Dr. Stolpe, Manfred	Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Teufel, Erwin	Ministerpräsident a. D. des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Thumann, Jürgen R.	Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.
Trittin, Jürgen	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Bundesministerin für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung, Bonn

2.7.5. **fiscus GmbH**
Welckerstraße 11
53113 Bonn
Tel.: 0228/2807-0
Fax: 0228/2807-100
<http://www.fiscus.info>
E-Mail: info@fiscus.info



Gründungsdatum: 22.12.2000

Gegenstand des Unternehmens

Erstellung und Pflege von Software sowie die Beschaffung geeigneter Fremdsoftware für die Steuerverwaltungen der Länder im Rahmen ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere für alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens, einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Straf- und Bußgeldverfahrens in Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen, oberen und obersten Finanzbehörden.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Auf Grundlage eines Beschlusses der Finanzministerkonferenz vom 23.06.2005 hat die Gesellschafterversammlung am 16.09.2005 die Liquidation der fiscus GmbH zum 01.10.2005 beschlossen. Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung ist mit der Beendigung des Projekts FISCUS entfallen.

<u>Stammkapital</u>	T€	v. H.
Insgesamt	32,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	2,0	6,25
Bundesrepublik Deutschland	2,0	6,25
Berlin	2,0	6,25
Bremen	2,0	6,25
Hamburg	2,0	6,25
Schleswig-Holstein	2,0	6,25
Niedersachsen	2,0	6,25
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	6,25
Sachsen-Anhalt	2,0	6,25
Freistaat Sachsen	2,0	6,25
Freistaat Thüringen	2,0	6,25
Hessen	2,0	6,25
Nordrhein-Westfalen	2,0	6,25
Rheinland-Pfalz	2,0	6,25
Saarland	2,0	6,25
Baden-Württemberg	2,0	6,25

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	7.518,7	8.834,8
Anlagevermögen	2.012,0	1.755,4
Umlaufvermögen	5.268,1	6.871,2
Eigenkapital	1.491,0	2.060,4
Rückstellungen	1.753,9	4.096,7
Verbindlichkeiten	4.273,8	2.677,7
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	37.224,5	36.087,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	15.963,1	16.890,7
Abschreibung	1.311,1	1.350,9
Betriebsergebnis	- 43,0	4.048,0
Finanzergebnis	113,0	92,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	87,9	4.173,9
Jahresergebnis	52,7	569,5
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	242	260
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft war gegründet worden, um als Systemhaus des Bundes und der Länder Entwicklungsleistungen für eine einheitliche Besteuerungssoftware in dem Projekt FISCUS zu erbringen. Zwischenzeitlich hat die Finanzministerkonferenz beschlossen, das Projekt FISCUS zu beenden und die Softwareentwicklung künftig in einem neuen Verfahren in unmittelbarer Regie und Verantwortung der Länder zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund haben die Gesellschafter - auf der Grundlage eines Beschlusses der Finanzministerkonferenz am 23.06.2005 - am 16.09.2005 die Liquidation der Gesellschaft zum 01.10.2005 beschlossen; die Gesellschaft soll sozialverträglich abgewickelt werden. Die bisherigen Arbeitsergebnisse der Gesellschaft werden in das neue Verfahren übergeleitet.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Olaf Bruhn

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Albers, Jürgen	Senatsverwaltung für Finanzen, Bremen
Stv. Vorsitzender	Nagel, Johannes	Finanzbehörde der Freien und Hanse- stadt Hamburg
	Böhme, Martina	Hessisches Finanzministerium, Wiesbaden
	Prof. Dobler, Klaus	Finanzministerium des Landes Baden- Württemberg, Stuttgart
	Franke, Dirk	Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
	Godau, Jürgen	Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
	Dr. Handrock, Peter	Ltd. Ministerialrat a. D., Düsseldorf

Hennig, Wilhelm

Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

Juchum, Gerhard

Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Widmann, Werner

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz, Mainz

**2.7.6. LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft
Bergholz-Rehbrücke mbH
Arthur-Scheunert-Allee 40/41
14558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke
Tel.: 033200/89-0
Fax: 033200/89-220**



Gründungsdatum: 29.06.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 13.10.1994

Gegenstand des Unternehmens

Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des Grundeigentums in Bergholz-Rehbrücke, Arthur-Scheunert-Allee 40/41.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Gesellschaft ist aus der Umwandlung des vormaligen VEB Institut für Getreideverarbeitung entstanden. Sie führte zunächst die Firma Institut für Getreideverarbeitung GmbH (IGV); Gesellschafterin war die Treuhandanstalt. Unter deren Regie veräußerte die Gesellschaft ihren Institutsbetrieb mit Ausnahme des Betriebsgrundstücks an eine Management-Buy-Out-Gesellschaft; diese übernahm auch die Firma IGV. Anschließend veräußerte die Treuhandanstalt den Geschäftsanteil an der Gesellschaft, bei der das Betriebsgrundstück verblieben war, an das Land, das der Gesellschaft die Firma LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehbrücke mbH (LBR) gab. Die LBR überließ der IGV das Betriebsgrundstück im Wege der Erbbaurechtsbestellung.

Die Treuhandanstalt hatte es seinerzeit zur Bedingung für die Privatisierung des Institutsbetriebes gemacht, dass das Land sich auf die v. g. Weise beteiligt. Demnach konnten nur so die Voraussetzungen für einen Erhalt des Instituts geschaffen werden, das international beachtete Forschungsleistungen im Bereich der Bio- und Lebensmitteltechnologie erbringt.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich angesichts der bestehenden und kurzfristig nicht zu ändernden Vertragsbindungen – in den nächsten Jahren – nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen.

<u>Stammkapital</u>		
	T€	v. H.
Insgesamt	256,0	100,0
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	256,0	100,0

<u>Kennzahlen</u>	2003	2004
	T€	T€
aus der Bilanz		
Bilanzsumme	2.274,2	2.290,3
Anlagevermögen	2.266,3	2.277,2
Umlaufvermögen	7,7	13,1
Eigenkapital	2.263,2	2.283,9
Rückstellungen	7,0	4,5
Verbindlichkeiten	4,0	1,9
aus der Gewinn- und Verlustrechnung		
Sonstige betriebliche Erträge	15,0	16,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	4,3	4,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 105,9	5,9
Jahresergebnis	- 105,9	20,7
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1	1

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Kornelia Wieseler

ANHANG

Tabellarische Übersichten

**A. Unmittelbare Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts im Überblick
Stand: 01.10.2005 (Redaktionsschluss)**

Lfd. Nr.	Gesellschaft	Abk.	Stammkapital	Anteil des Landes	Anteil des Landes	Darstellung auf Seiten
			T Euro	T Euro	v. H.	
I. Unternehmen mit aktivem Geschäftsbetrieb						
1.	BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion GmbH	BICC	25,6	3,8	15,00	86
2.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH	BBG	600,0	600,0	100,00	151
3.	Brandenburgische Schlösser GmbH Gemeinnützige Betriebsgesellschaft	BSG	127,9	6,6	5,12	34
4.	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	DEGES	51,5	5,2	10,00	128
5.	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	FBS	30,0	11,1	37,00	66
6.	fiscus GmbH	fiscus	32,0	2,0	6,25	163
7.	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	FWU	163,6	10,2	6,25	31
8.	GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH	GKSS	40,9	0,3	0,63	47
9.	Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte gGmbH	HBPG	25,0	16,8	67,00	59
10.	HIS Hochschul-Informations-System GmbH	HIS	49,2	2,1	4,17	37
11.	IHP GmbH - Innovations for High Performance Microelectronics / Institut für innovative Mikroelektronik	IHP	26,0	26,0	100,00	41
12.	IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH	IIC	511,3	57,6	11,27	90
13.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg	ILB	110.000,0	27.500,0	25,00	132
14.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	KfW	3.750.000,0	21.000,0	0,56	156
15.	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	KAH	41,9	1,0	2,44	54
16.	Land Brandenburg Lotto GmbH	LBL	1.100,0	1.100,0	100,00	145
17.	LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH	LASA	153,5	153,5	100,00	62
18.	LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehrbrücke mbH	LBR	256,0	256,0	100,00	168
19.	Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	MEAB	25.564,6	12.782,3	50,00	101
20.	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	SBB	1.534,0	383,5	25,00	105
21.	TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	TMB	102,4	38,9	38,00	95
22.	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	324,0	108,0	33,34	121
23.	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	ZAB	223,0	167,1	74,93	75
II. Unternehmen in Liquidation						
24.	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L.		26.424,1	26.423,6	99,998	109
25.	Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i.L.		51.129,2	51.129,2	100,00	112
III. Wohnungsbaugenossenschaften						
26.	Wohnungsbaugenossenschaft 1903 e. G.					
27.	Wohnungsbaugenossenschaft "Stadt Cottbus" e. G.					

Lfd. Nr.	Gesellschaft	Abk.	Stammkapital	Anteil des Landes	Anteil des Landes	Darstellung auf Seiten
			TEuro	TEuro	v. H.	
IV. Unternehmen in Gesamtvollstreckung bzw in Insolvenz:						
28.	System Microelektronik Innovation GmbH i. Gv.					
29.	Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i. Insolvenz					
Veränderungen seit dem Geschäftsjahr 2003						
Am 03. Juni 2004 wurde die Trägersgesellschaft Deutscher Pavillon mbH i.L. aus dem Handelsregister gelöscht.						
Im Mai 2005 wurde die Beteiligung des Landes an der Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki Spółka Akcyjna - Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft (TWG) veräußert.						

B. Mittelbare Beteiligungen im Überblick Stand: 01.10.2005 (Redaktionsschluss)

unmittelbare Landesbeteiligung	Mittelbare Beteiligung	Stammkapital	Anteil der unmittelbaren Landesbeteiligung	
		in TEuro	in TEuro	in %
FBS	Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH (BFG)	38.347,0	38.347,0	100,00
	Training und Ausbildung Cooperation Berlin Brandenburg GmbH (TRAINICO)	72,0	18,3	25,42
GKSS	Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)	57,2	5,2	9,09
	Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum GmbH (GITZ)	1.020,0	204,0	20,00
IHP	lesswire AG	172,4	25,0	14,50
	Communicant Semiconductor Technologies AG	246,6	37,6	15,30
ILB	BC Brandenburg Capital GmbH	8.884,1	7.611,9	85,68
	BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH	26,0	26,0	100,00
	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L. (BLG i.L.)	26.424,1	0,5	0,002
	Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH ¹⁾	60,0	30,0	50,00
	ILB Beteiligungsgesellschaft mbH (ILB BG)	52,0	52,0	100,00
	Sanierungsträger Potsdam Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH ²⁾	51,1	9,7	19,00
	Tourismusforum Potsdam GmbH (TFP)	52,0	52,0	100,00
	ILB Verwaltungsgesellschaft mbH	25,0	25,0	100,00
	Grundstücksgesellschaft "Tiefer See" mbH	50,0	50,0	100,00
	ib-bank-systems GmbH (ibbs)	500,0	250,0	50,00
KfW *	<i>DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH</i>	<i>895.397,0</i>	<i>895.397,0</i>	<i>100,00</i>
	<i>Finanzierung- und Beratungsgesellschaft mbH</i>	<i>9.939,0</i>	<i>9.939,0</i>	<i>100,00</i>
	<i>KfW International Finance Inc., Delaware/USA</i>	<i>7,0</i>	<i>7,0</i>	<i>100,00</i>
	<i>KfW Beteiligungsholding AG</i>	<i>781.700,0</i>	<i>781.700</i>	<i>100,00</i>
	<i>tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH</i>	<i>429.135,0</i>	<i>429.135,0</i>	<i>100,00</i>
	<i>IKB Deutsche Industriebank AG</i>	<i>2.034.263,0</i>	<i>768.951,4</i>	<i>37,80</i>

LBL	Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH	25,6	25,6	100,00
	Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG	2.556,5	2.556,5	100,00
	Brandenburgische Lotto-Gesellschaft mbH	76,7	76,7	100,00
LEG i. L.	Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH (EWZ)	4.346,0	4.335,8	99,76
	LEG Landesentwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	51,1	25,6	50,00
	Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam Verwaltungs-GmbH	306,8	306,8	100,00
	Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG	5.000,0	5.000,0	100,0
	GbR Neu Döberitz	511,3	255,6	50,0
MEAB	SBB Entsorgungswirtschaft GbR	440,0	20,0	4,50
	Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG ³⁾	320,0	79,7	24,90
TMB	Berlin Tourismus Marketing GmbH	512,0	25,6	5,00
ZAB	Gesellschaft für Innovationsförderung und Technologietransfer mbH an der BTU Cottbus (UNITEC)	32,2	1,5	4,76
	UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam	25,6	1,5	6,00
	BC Brandenburg Capital GmbH	8.884,1	383,8	4,32
Änderungen bei mittelbaren Beteiligungen seit dem Geschäftsjahr 2003				
BBG	Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH ⁴⁾	102,3	50,1	49,00
ILB	FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH ⁵⁾	50,0	35,5	71,00
MEAB	Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG ³⁾	320,0	79,7	24,90
TMB	DIRG - Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft mbH i. L. ⁶⁾	61,4	2,6	4,17
<i>* KfW: Auswahl mittelbare Gesellschaften der KfW, die in den Konzernabschluss einbezogen sind.</i>				
¹⁾ Vormalig Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH (bis 17.12.2003)				
²⁾ Die zum 01.01.2003 geplante Übernahme der Gesellschaftsanteile durch die BIG-Städtebau Mecklenburg-Vorpommern GmbH ist nicht zustande gekommen.				
³⁾ Mit Wirkung zum 01.01.2005 hat die MEAB eine Beteiligung an der Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG erworben.				
⁴⁾ Die BBG hat ihren Geschäftsanteil an der Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH zum 31.12.2004 gekündigt.				
⁵⁾ Die Beteiligung an der FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH wurde im Mai 2004 an die Airport Area Beteiligungsgesellschaft mbH veräußert.				
⁶⁾ Die Liquidation der DIRG - Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft mbH i. L. wurde im Geschäftsjahr 2004 beendet.				

